

Unterkauf und Unterkäufer in Frankfurt am Main im Mittelalter

Ein Beitrag zur Geschichte des Maklerrechts

Hartmut Schubert

Frankfurt a/Main

1962

UNTERKAUF UND UNTERKÄUFER IN FRANKFURT AM MAIN
IM MITTELALTER

(Ein Beitrag zur Geschichte des Maklerrechts)

Inaugural - Dissertation

zur

Erlangung des Doktorgrades

der

Rechtswissenschaftlichen Fakultät

der Johann Wolfgang Goethe-Universität

in Frankfurt am Main

vorgelegt von

Hartmut Schubert

aus Töppendorf Kr. Strehlen (Schlesien)

1962

Erstgutachter : Prof. Dr. Erler

Zweitgutachter : Prof. Dr. Kronstein

Tag der mündlichen Prüfung : 20 Juni 1962



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Quellen- und Literaturverzeichnis	5
A. Vorwort	13
B. Einleitung	15
C. Hauptteil	21
I. Der Ursprung der Unterkäufer	21
II. Arten des Unterkaufs	28
1) Spezialisierung des Unterkaufs auf bestimmte Handelszweige (Die Entwicklung seit 1950)	28
2) Die "underkeuffere an eigen und erbe"	33
3) Die "underkeuffere an aldem gerede"	34
III. Die Verbindung des Unterkaufs mit der Warenschau	36
IV. Aufnahme und Zulassung als Unterkäufer	37
1) Voraussetzungen	37
2) Eidesleistung	40
3) Abgabe des Unterkaufs gegen Gewinnbe- teiligung oder feste Gebühr	44
4) Das genossenschaftliche Prinzip bei einigen Unterkäufergruppen	45
V. Die Rechtsstellung der Unterkäufer im Ver- hältnis zur städtischen Obrigkeit	48

	Seite
VI. Rechte der Unterkäufer	57
1) Maklerzwang	57
2) Recht auf ausschließliche Vermittlung	60
3) Anspruch auf Vermittlungsprovision	60
VII. Pflichten der Unterkäufer	69
1) Allgemeine Pflichten	69
2) Beschränkungen der Vermittlertätigkeit durch das Gästerecht	72
3) Verbot des Eigenhandels	76
D. Überblick über die weitere Entwicklung bis 1866.	79
E. Anhang	85

LITERATURVERZEICHNIS

1. Literatur

Bender, Ernst

Weinhandel und Wirtsgewerbe im mittelalterlichen
Straßburg
Straßburg 1914

Beukemann, Friedrich

Die Geschichte des Hamburger Mäklerrechts
(Deutschrechtliche Beiträge Band 7 Heft 5)
Heidelberg 1912

Bothe, Friedrich

Geschichte der Stadt Frankfurt am Main
(zitiert : Bothe, Geschichte)
Frankfurt a. M. 1913

Frankfurts Wirtschaftsleben im Mittelalter
(zitiert : Bothe, Wirtschaftsleben)
Tübingen 1932

Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der
Reichsstadt Frankfurt
(zitiert : Bothe, Beiträge)
Leipzig 1906

Bücher, Karl

Die Bevölkerung von Frankfurt am Main im XIV. und
XV. Jahrhundert, Band 1
(zitiert : Bücher, Bevölkerung)
Tübingen 1886

Die Berufe der Stadt Frankfurt a. M. im Mittelalter
(zitiert : Bücher, Berufe)
Leipzig 1914

Bücher, Karl

Das städtische Beamtentum im Mittelalter
(Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, 5. Band 1913)
(zitiert : Bücher, Beamtentum)
Leipzig 1915

Die Entstehung der Volkswirtschaft
(zitiert : Bücher, Entstehung)
Tübingen 1901

Crebert, Heinrich

Künstliche Preissteigerung durch Für- und Aufkauf
(Deutschrechtliche Beiträge Band 11 Heft 2)
Heidelberg 1916

Dietz, Alexander

Frankfurter Handelsgeschichte Band 1
(zitiert : Dietz, Handelsgeschichte I)
Frankfurt a. M. 1910

Geschichte des Frankfurter Pferdemarktes
(zitiert : Dietz, Geschichte des Pferdemarktes)
Frankfurt a. M. 1910

Eberstadt, Rudolf

Der Ursprung des Zunftwesens und die älteren Handwerkerverbände des Mittelalters
Leipzig 1900

Ehrenberg, Richard

Makler, Hosteliers und Börse in Brügge vom 13. bis zum 16. Jahrhundert
Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht Band 30 S. 403 ff.
Stuttgart 1884

Erlar, Adalbert

Die älteren Urteile des Ingelheimer Oberhofes, Band 1
(zitiert : Erlar IOH-Urteile)
Frankfurt a. M. 1952

Falke, Johann

Geschichte des deutschen Handels, Teil I
(zitiert : Falke I)
Leipzig 1859

Frensdorff, Ferdinand

Der Makler im Hansagebiet

(Festschrift der Göttinger Juristenfakultät für Regelsberger 1901

Göttingen 1901

Fries, Johann Hermann

Abhandlungen vom sogenannten Pfeifer-Gericht

Frankfurt a. M. 1752

Fromm, Emanuel

Frankfurts Textilgewerbe im Mittelalter

Frankfurt a. M. 1896 (Phil. Diss.)

Gengler, Heinrich Gottfried

Deutsche Stadtrechtsalterthümer

Erlangen 1882

Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M.

(1707 - 1908) herausgegeben von der Handelskammer
zu Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. 1908

v. Gierke, Otto

Das Deutsche Genossenschaftsrecht, Band 1

Berlin 1868

Goldschmidt, Levin

Universalgeschichte des Handelsrechts

(zitiert : Goldschmidt, Universalgeschichte)

Stuttgart 1891

Ursprünge des Mäklerrechts. Insbesondere : Sensal

(Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht Band 28

S. 115 ff.)

Stuttgart 1882

Hübner, Rudolf

Grundzüge des Deutschen Privatrechts

Leipzig 1908

v. Inama-Sternegg, Karl Theodor

Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Band III Teil 2

(zitiert : Inama-Sternegg III 2)

Leipzig 1901

Kelter, Ernst

Geschichte der obrigkeitlichen Preisregelung
(Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen, Heft 21)
Jena 1935)

Koller, Fritz

Der Eid im Münchener Stadtrecht des Mittelalters
München 1953

Kriegk, Georg Ludwig

Deutsches Bürgerthum im Mittelalter
(zitiert : Kriegk, Bürgertum)
Frankfurt a. M. 1868

Frankfurter Bürgerzwiste und Zustände im Mittelalter
(zitiert : Kriegk, Bürgerzwiste)
Frankfurt a. M. 1862

Laband, Paul

Die Lehre von den Mäklern, mit besonderer Berücksichtigung des Entwurfs zum deutschen Handelsgesetzbuche
(Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft, Band 20)
Tübingen 1861

Müller, Christoph Sigismund

Kaiserliche Resolutionen
Frankfurt a. M. 1776

Orth, Johann Philipp

Ausführliche Abhandlung von den berühmten zweoen Reichsmessen
Frankfurt a. M. 1767

Nöthige und nützlich erachtete Anmerckungen über die erneuerte Reformation Band 1 und Erste Fortsetzung
Frankfurt a. M. 1731, 1742

Planitz, Hans

Die Vermögensvollstreckung im Deutschen Mittelalterlichen Recht, Band 1
Leipzig 1912

Rehme, Paul

Geschichte des Handelsrechts
(Handbuch des Gesamten Handelsrechts, Band 1)
Leipzig 1913

Ruhl, Hans Friedrich

Der Aktiv-Handel, besonders der Aktiv-Großhandel der
Freien Reichsstadt Frankfurt am Main in der Zeit von
1250 - 1550
Offenbach 1939 (Wirtsch. Wiss. Diss.)

andmann, Eberhard

Das Bürgerrecht im Mittelalterlichen Frankfurt
Frankfurt a. M. 1957 (Jur. Diss.)

Schmieder, Eberhard

Die Unterkäufer im Mittelalter
(Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsge-
schichte Band 30 S. 249)
Breslau 1937

Schmoller, Gustav

Die Straßburger Tucher- und Weberzunft
Straßburg 1879

Schultze, Alfred

Über Gästerecht und Gastgerichte
München 1908

v. Schwerin, Claudius Freiherr

Forköp und Verwandtes in nordischen Rechten
(Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschafts-
recht Nr. 62)
Marburg 1931

Senckenberg, Heinrich Christian

Selecta iuris historiarum tum anecdota tum iam edita,
sed rariora
Frankfurt a. M. 1734

Thomas, Johann Gerhard Christian

Der Oberhof zu Frankfurt am Main
Frankfurt a. M. 1841

ToebeImann, Kurt

Beiträge zur Geschichte des Maklerrechts nach süd-
deutschen Quellen

(Jur. Dissertation Universität Göttingen)

Stuttgart 1911

Troe, Heinrich

Münze, Zoll und Markt und ihre finanzielle Bedeutung
für das Reich vom Ausgang der Staufer bis zum Regie-
rungsantritt Karls IV.

Göttingen 1937

2. Quellen

a) gedruckte Quellensammlungen

Frankfurter Amts- und Zunfturkunden

herausgegeben von Karl Bücher und Benno Schmidt

1. Teil : Zunfturkunden
(zitiert: Zunftsurkunden)
Frankfurt a. M. 1914
2. Teil : Amtsurkunden
(zitiert: Amtsurkunden)
Frankfurt a. M. 1915

Gesetz- und Statuten-Sammlung der freien Stadt Frankfurt

Band 15 und 16

Frankfurt a. M. 1863 - 1866

Sammlung der Verordnungen der Reichsstadt Frankfurt,

herausgegeben von Johann Conrad Beyerbach

Frankfurt a. M. 1818

Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt 794 - 1400

(Codex Diplomaticus Moenofrancofurtanus)

herausgegeben von Johann Friedrich Boehmer und
Friedrich Lau

(zitiert : Boehmer-Lau)

b) Archivalien aus dem Stadtarchiv Frankfurt a. M.

Bürgermeisterbücher

Eidbücher

Gesetzbücher

Ratssachen

Reichssachen

Archivalien, früher Untergewölb (zitiert : Ugb)

A. Vorwort

In der Vergangenheit hat sich als erster Laband im Zuge der Vorarbeiten für ein Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch eingehender mit den Unterkäufern befaßt. Seine Untersuchungen beschränkten sich allerdings auf einige wenige Teilfragen, wobei es ihm darauf angekommen zu sein scheint, allgemeingültige Grundsätze zu entwickeln. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen haben zum großen Teil Zustimmung gefunden.

Nähere Betrachtungen zeigen jedoch, daß eine regional-städtische Einzeluntersuchung viel mehr in die Tiefe dringen und das Wesen des Unterkaufs viel besser erforschen kann. Auch bilden Einzeluntersuchungen erst die Grundlage für weitere rechtsvergleichende Arbeiten. Einzeldarstellungen über den Unterkauf fehlen bisher ganz. Der mit der vorliegenden Arbeit beschrittene Weg, die Rechtsverhältnisse der Unterkäufer in Frankfurt am Main näher zu untersuchen, scheint daher methodisch gerechtfertigt.

Frankfurt am Main wurde deshalb gewählt, weil die Quellenlage hier außerordentlich günstig ist. Ein Teil des Archivbestandes des Frankfurter Stadtarchivs ist zwar den Kriegeereignissen zum Opfer gefallen. Für die hier in Frage kommende Zeit sind uns die Quellen aber zum größten Teil erhalten geblieben. Ein tieferes Studium der zahlreichen Quellen läßt auch offenbar werden, daß Labands Forschungsergebnisse keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können. Die Verhältnisse in Frankfurt am Main lassen andere Schlußfolgerungen zu.

B. Einleitung

Der Begriff "Unterkauf" (1) - mhd. underkouff; mnd. underkop; mnl. ondercoop; nl. ondercooping - bezeichnet in der Verbindung der Präposition 'unter' mit einem Substantiv oder einem Verb das Tätigsein zwischen zwei Personen. "Kauf" und "kaufen" werden im Mittelalter allgemein für Handel, handeln gebraucht. Unterkauf ist danach die Vermittlung eines Handelsgeschäfts. Der Unterkäufer ist der Vermittler, der Handelsmakler. Unter Handelsgeschäft ist nicht nur das Kaufgeschäft zu verstehen, auch der Tauschhandel fällt hierunter.

Als Unterkauf wird ferner die Vermittlungsgebühr bezeichnet, die der Unterkäufer als Provision erhält (2).

Seltener kommt Unterkauf vor in zwei anderen Bedeutungen, einmal im Sinne von kaufen, um wieder zu verkaufen. Der Unterkauf ist dann der Zwischenhandel, der Unterkäufer der Zwischenhändler (3).

Daneben findet sich der Unterkauf in der Bedeutung des gewinnsüchtigen Vorwegkaufens von Waren, bevor diese öffentlich zum Verkauf gestanden haben. Unterkauf ist hier ein bedeutungsgleicher Ausdruck für den "Fürkauf" (Vorkauf) (4). Beim Fürkauf zogen städtische Händler den Produzenten, die zum Wochenmarkt kamen, entgegen und handelten ihnen schon unterwegs die Ware ab, um sie dann mit einem Preisaufschlag selbst auf dem Markt zu verkaufen. Für den Konsumenten wurden die Waren dadurch erheblich verteuert. Die Stadtbehörden schritten gegen diesen Fürkauf mit allen Mitteln ein.

-
- (1) Grimm DWB XI, 1633; Lexer 2, 1788
Frensdorff S. 263; Toebelmann S. 3
 - (2) Bürgermeisterbuch von 1492 fol. 37 :
"Item den underkeuffer sagen, die antzubringen, die den
underkauff nit geben wollen."
 - (3) Schmeller 2, 1227; Grimm DWB XI, 1633
 - (4) mhd. vürkouf (fürkouf, vorkouf);
mnd. vorkop, voercoop vergl. Crebert S. 16.
Im schwedischen forköp (vergl. v. Schwerin S. 380)

Das Vorwegkaufen von Waren auf diese Art wurde gänzlich untersagt. Die Ware sollte erst auf dem Wochenmarkt kommen und dort den Bürgern aus erster Hand zum Verkauf angeboten werden. Erst wenn diese sich versorgt hatten, sollten die Händler einkaufen dürfen (1). Diese Verbote wurden besonders zahlreich für den Lebensmittelhandel erlassen. Das Vorwegkaufen von Waren auf diese Weise widersprach nämlich dem mittelalterlichen Marktprinzip, daß möglichst öffentlich und aus erster Hand gekauft werden müsse (2). Die städtischen Bürger sollten sich möglichst preisgünstig unmittelbar beim Produzenten mit allen lebenswichtigen Gütern versorgen können. Diesem Ziele diente in erster Linie der Wochenmarkt. Die Bürger hatten die Gelegenheit, dort alle angebotenen Güter ohne unnötige Verteuerung durch den Zwischenhandel zu erwerben. Nach der Anschauung des Mittelalters lag das Verwerfliche des Fürkaufs darin, daß die betreffenden Waren ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen wurden. Statt der unmittelbaren Bedarfsdeckung wurden sie zum Gegenstand der Spekulation gemacht (3).

In Frankfurt kommt der Unterkauf in der Bedeutung von Zwischenhandel oder Fürkauf nicht vor (4). Hier versteht man unter Unterkauf hauptsächlich die Vermittlung von Handelsgeschäften.

Daneben werden auch die Immobilienmakler als Unterkäufer bezeichnet (5). In den Quellen werden sie seltener genannt. Sie haben nur eine geringe Rolle gespielt.

Ferner führten auch bestimmte Kommissionäre die Bezeichnung Un-

(1) Bothe, Geschichte S. 129; Falke I S. 264

Dietz, Handelsgeschichte I S. 374

(2) Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft S. 142

(3) Inama-Sternegg III 2 S. 252

(4) In Frankfurt wurden hauptsächlich die Hocken, das sind Kleinhändler der Lebensmittelbranche, als Fürkäufer bezeichnet. An den Markttagen durften sie erst ab Mittag einkaufen, an Freitagen überhaupt nicht.

(5) underkeuffere an eigen und erbe.

terkäufer (1). Letztere sind von Dietz (2) und Bücher (3) bisher fälschlich zu den Handelsmaklern gezählt worden. Sie unterscheiden sich durch ihre Tätigkeit von den Handelsmaklern ganz grundlegend. Die Vermittlung von Handelsgeschäften war ihnen fremd.

Man wird annehmen können, daß die Unterkäufer in ihrer ursprünglichen Bedeutung nur Handelsmakler waren und daß alle späteren Bedeutungen Verfälschungen sind. Das muß jedenfalls für Frankfurt gelten, denn die Bezeichnung Unterkäufer wurde zunächst nur für die Handelsmakler gebraucht. Es läßt sich heute nicht mehr feststellen, welches wohl der Grund gewesen sein mag, die Bezeichnung auch in anderem Sinne zu verwenden.

Im Rechtsleben hat der Unterkäufer auch nur als Handelsmakler eine Rolle gespielt. In dieser Eigenschaft werden die Unterkäufer im Schrifttum überwiegend abgehandelt.

Die vorliegende Arbeit wird auf die verschiedenen Bedeutungen des Unterkaufs in Frankfurt eingehen, soweit dies zur Abgrenzung erforderlich ist.

Der Geltungsbereich der Unterkäufer war das gesamte südliche und mittlere Deutschland. In Norddeutschland kannte man nur den Ausdruck Makler (4). Eine Ausnahme machen nur die Stadtrechte von Braunschweig, Hannover und Hildesheim. Dort werden in den ältesten Stadtrechten neben den Maklern auch die "undercopere" erwähnt (5).

(1) underkeuffere an aldem gerede

(2) Dietz, Handelsgeschichte I S. 385

(3) Bücher, Bevölkerung S. 252; Die Berufe der Stadt Frankfurt S. 127

(4) Frensdorff S. 257

Beukemann S. 1

(5) Frensdorff S. 256, S. 257

Man kann Inama-Sternegg zustimmen, wenn er die Unterkäufer als wichtige Hilfsorgane des Handels bezeichnet (1). Käufer und Verkäufer waren nämlich in gleicher Weise auf sie angewiesen.

Dem Verkäufer war der Unterkäufer eine wertvolle Hilfe, weil er die Absatzquellen kannte und in den meisten Fällen auch über die Kreditwürdigkeit des Käufers Auskunft geben konnte. Die Frage der Kreditwürdigkeit war damals sehr bedeutsam. Häufig wurden die Waren auf Kredit verkauft. In Frankfurt war es beispielsweise gang und gäbe, daß Waren ohne jede Anzahlung auf Kredit bis zur nächsten Messe verkauft wurden (2)

Auch der Käufer brauchte den Unterkäufer, weil er selbst oft nicht genügenden Überblick über die Preisangemessenheit der Waren hatte. Er konnte sich deshalb vor Übervorteilungen durch den Verkäufer nicht wirksam schützen. Dieser Sorge war er enthoben, wenn er zu den Kaufverhandlungen einen Unterkäufer hinzuzog, zu dessen Pflichten es gehörte, die Parteien vor Übervorteilungen zu warnen. Dem Unterkäufer war in der Regel das Vertrauen beider Parteien sicher, weil er zu strenger Objektivität und Neutralität verpflichtet war. Seine Empfehlungen dürften oft die Grundlage der Kaufverhandlungen gebildet haben. Man darf annehmen, daß die Kaufleute unter Mitwirkung eines Unterkäufers auch viel schneller händelseinig geworden sind als wenn sie ohne ihn verhandelt hätten.

Wenn man den Unterkäufern nachspüren will, so muß man in die bedeutenden Handelsstädte gehen, denn ihre Tätigkeit läßt sich dort am besten beurteilen. Die Frankfurter Verhältnisse eignen sich für eine Untersuchung besonders gut, weil Frankfurt im Mittelalter einer der bedeutendsten Handelsknotenpunkte war und ein Zentrum des deutschen wie europäischen Handels bildete (3).

Mit seinen zwei jährlichen Reichsmessen war Frankfurt weithin be-

(1) Inama-Sternegg III 2 S. 263

(2) Dietz, Handelsgeschichte I S. 60

(3) Gengler S. 183

rühmt (1). Von weither strömten fremde Kaufleute während der Messen in Frankfurt zusammen, um hier ihre Handelsgeschäfte zu tätigen, sei es als Verkäufer oder als Käufer. Welchen besonderen Ruf Frankfurt genoß, zeigt sich an einem Schreiben König Franz I. von Frankreich aus dem Jahre 1419, worin er Frankfurt als die berühmteste Handelsstadt fast der ganzen Welt bezeichnet (2).

Aeneas Sylvius pries Frankfurt im 15. Jahrhundert als das Herz des Verkehrs von Ober- und Unterdeutschland (3). Damit dürfte nicht zuviel gesagt sein. Frankfurt war auf Grund seiner günstigen verkehrs-geographischen Lage am Mainufer zum Mittelpunkt des Handels wie geschaffen. Es stellte gleichsam das Bindeglied zwischen dem nördlichen und südlichen sowie dem westlichen und östlichen Handelsverkehr dar.

Ein besonderer Anreiz nach Frankfurt zu kommen, muß für die fremden Kaufleute darin bestanden haben, daß Frankfurt über einen beträchtlichen eigenen Aktiv- und Passivhandel verfügte, das heißt: Frankfurter Bürger traten als Verkäufer und Käufer auf. Außerdem hatte Frankfurt den Transithandel in seine Mauern gezogen, bei dem Verkäufer und Käufer Fremde waren (4). Frankfurt bot also die größtmöglichen Chancen für den Abschluß guter Geschäfte.

An allen diesen Geschäften waren überwiegend auch die Unterkäufer in irgendeiner Form beteiligt. Wie der Handel selbst, so unterlag auch die Tätigkeit der Unterkäufer städtischer Aufsicht und Kontrolle. Zahlreiche Vorschriften regelten ihre Rechte und Pflichten. Von besonderem Interesse sind die mitunter unterschiedlichen Befugnisse der Unterkäufer, je nachdem, ob es sich bei den Kaufparteien um Bürger oder Fremde handelte.

-
- (1) Ursprünglich hatte Frankfurt nur die Herbstmesse. Durch Privileg Kaiser Ludwigs IV. v. 25. 4. 1330 erhielt es das Recht, in den Fasten oder in einer anderen beliebigen Zeit eine weitere Messe abzuhalten. (Boehmer-Lau Bd. II S. 291 Nr. 386)
- (2) Kriegk, Bürgerzwiste S. 295
- (3) Ruhl S. 3; Kriegk a. a. O. S. 295
- (4) vergl. die ausführliche Darstellung von Ruhl S. 12

C. Hauptteil

I. Der Ursprung der Unterkäufer

Eine immer wieder gestellte Frage ist die Frage nach dem Ursprung der Unterkäufer. Laband, Ehrenberg, Goldschmidt und Toebe-
mann haben sie aufgeworfen und eingehender behandelt. Sie sind
dabei zu mitunter erheblich verschiedenen Ergebnissen gekommen.
Es wird sich zeigen, daß ihre Erkenntnisse auf Frankfurt nicht über-
tragen werden können.

Laband (1) sieht den Ursprung der Unterkäufer in amtlichen Ur-
kundspersonen.

Er meint, daß schon frühzeitig in den Städten entweder vom Rat oder
der Kaufmannschaft selbst handelskundige Personen mit öffentli-
chem Glauben ausgestattet worden seien, die die Aufgabe gehabt
hätten, alle Handelsgeschäfte zum Zwecke der Beweissicherung öf-
fentlich zu beglaubigen. Ihre Mitwirkung sei auch dann nicht ent-
behrlich gewesen; wenn der Abschluß der Geschäfte bereits von an-
deren Unterhändlern vorbereitet gewesen sei. Laband stellt die wei-
tere Entwicklung so dar, als sei die Vorbereitung der Handelsgeschäf-
te, die ursprünglich nicht den Urkundspersonen oblegen habe, immer
mehr auf sie übergegangen. Auf Grund des besonderen Vertrauens,
das sie genossen hätten, habe man sich auch wegen der Anbahnung
der Geschäfte an sie gewandt. Schließlich, so meint Laband, habe
sich das Vermittlergeschäft ausschließlich in ihrer Hand befunden.
Die privaten Vermittler seien ganz verdrängt worden.

Zum Beweise für diese Entwicklung weist Laband auf die Bezeichnung
"Sensal" (2) hin, die nach seiner Behauptung in der ganzen Handels-

(1) Laband S. 17 f.

(2) Laband S. 18

welt als Bezeichnung des vereidigten Maklers bekannt gewesen sei. Er leitet Sensal ab von der spätrömischen Bezeichnung "censualis", die in der Bedeutung von Schreiber, Urkundsperson gebraucht worden sei (1).

Lababands Ausführungen erwecken den Anschein, als sei der Name Sensal auch in den deutschen Stadtrechten seit ältester Zeit bekannt. In den deutschen Stadtrechten scheint aber das Wort Sensal im Mittelalter gänzlich unbekannt gewesen zu sein. In Frankfurt findet sich diese Bezeichnung erstmals in einer Wechselmaklerordnung aus dem Jahre 1739.

Für die Entwicklungsgeschichte der Unterkäufer in Frankfurt kann man deshalb nicht auf die Bezeichnung Sensal zurückgehen.

Labands Ausführungen sind auch aus anderen Gründen angreifbar. Er räumt selbst ein, daß es neben den sogenannten Urkundspersonen noch andere Unterhändler gegeben habe, daß sie bereits existiert haben, bevor man diese Urkundspersonen gekannt hat.

Die gesamte Geschäftsvermittlung scheint also auch nach Laband zunächst in den Händen privater Vermittler gewesen zu sein. Für eine geschlossene und überzeugende Beweisführung wäre es erforderlich gewesen, diese Vermittler als Ursprung der späteren Unterkäufer auszuschließen. Er geht aber auf diese privaten Vermittler überhaupt nicht ein.

In den Frankfurter Quellen findet sich nirgends ein Hinweis, aus dem

(1) Goldschmidt, Ursprünge des Maklerrechts S. 123 vertritt einen gegenteiligen Standpunkt. Er weist auf den arabischen Ursprung des Wortes Sensal hin. Im Neulatein des späteren Mittelalters sei censualis nicht in der von Laband angenommenen Bedeutung vorgekommen. Goldschmidt leitet auch den im italienischen Maklerrecht des 13. Jahrhundert bekannten "Sensalis" (venet. sensarius, sanserius, sansero) aus dem arabischen her. Als Ursprung sieht er das arabische Wort "simsar" an.

man schließen könnte, daß die Unterkäufer ursprünglich Urkundspersonen gewesen seien. Wäre das der Fall gewesen, so hätte sich zumindest eine irgendwie geartete Buchführungspflicht überliefert haben müssen. Denn das muß als eine Voraussetzung für eine wirksame Beweissicherung, der Laband soviel Bedeutung beimißt, angesehen werden. Die schriftliche Niederlegung der Vertragsmodalitäten ist allein geeignet, späterhin Beweis zu erbringen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Urkundspersonen im Sinne von Laband lediglich mündliche Zeugen beim Abschluß der Geschäfte waren. Laband macht hierüber nur sehr unklare Angaben. Er sagt auch nicht, in welcher Form der spätere Beweis gesichert war.

Wir begegnen einer Buchführungspflicht bei den Unterkäufern in Frankfurt erstmals im Jahre 1415, und der Grund für die Einführung der Buchführungspflicht war nicht der Gedanke der Beweissicherung; dem Rat ging es vielmehr darum, eine bessere Kontrollmöglichkeit über die abgeführten und noch abzuführenden städtischen Abgaben zu haben.

Es haben also steuerpolitische Überlegungen den Ausschlag gegeben.

"Item ist des rats meynunge, das die off der kisten und auch die underkeuffere zwey registere schriben und machen sullen umb alles gesalzen fischwerge, das den hocken hie verkaufft und geliebert wirt, der eins off der kisten sin und das ander die underkeuffere haben sullen, und sollen die underkeuffere darinne schriben, wievil iglicher hocken sie in sonderheit davon liebern und das den kistenherren auch unverzugelich sagen, soliches auch in ire register zu schriben, und obe wole me dan eyn parthy teile an eym gude hetten, das doch ire eyner alleyn kauffman daran sy und solich gelt, das davon gepurt, samenthafft ußrichten und geben sal, das keyn hinder nis oder verczog in die bezalunge geschee, und so die hocken auch solich gelt off igliche vorgeschriben tage off der kisten bezalen, das sal man in beiden registern ußtun." (1)

Auch hundert Jahre später hatte sich das noch nicht geändert. In einer

(1) Amtsurkunden Nr. 161 (Ordnung und Abgabe von Salzfishen).

"Alß der Rat am underkauff betrogen auch untauglich gut anhero gebracht worden, den underkeuffern sagen alle stockfisch, hering, bolch, bicking, thunfisch und waß sonsten von gesalczten fischen her kompt auffzeichnen, damit der Rath nit betrogen werde." (1)

Sonst finden wir keine allgemeine Buchführungspflicht (2). Erst die Maklerordnung von 1616 ordnet die allgemeine Buchführungspflicht auch für andere Unterkäufer an. Hier erst taucht der Gedanke der Beweissicherung auf (3).

Anders als Laband sieht Ehrenberg den Ursprung der Unterkäufer im Wirtsgewerbe (4). Er meint, daß ursprünglich die Gästehalter zugleich Geschäftsvermittler ihrer Gäste gewesen seien und daß sich hieraus eine ständige Einrichtung entwickelt habe. Er stützt sich hierbei auf Untersuchungen des Maklerrechts in Brügge, wo die Verbindung zwischen Wirtsgewerbe und Maklergewerbe offen zutage trete. Ehrenberg sieht die Entwicklung in Brügge als typisch an für die Entwicklung des Maklerrechts überhaupt. Ohne nähere Untersuchungen geht er davon aus, daß ähnliche Verhältnisse auch in anderen deutschen Städten geherrscht haben.

Die Frankfurter Quellen sprechen aber ganz entschieden gegen eine solche Entwicklung. Zwar durften hier Gastwirte gleichzeitig Unter-

-
- (1) Ugb B 66 Uu (Extract aus Ratschlagungen)
 - (2) In Köln ist den Unterkäufern seit 1400 die Buchführung vorgeschrieben "umb zu verhueden allen tzwist ind tzweyinge" (Frensdorff S. 291).
 - (3) Maklerordnung v. 5. Sept. 1616
 - (4) Ehrenberg S. 428
Auch Goldschmidt vertritt diese Auffassung. Er stützt sich vornehmlich auf italienische Quellen insbesondere auf Stadtrechte von Genua, Pisa, Venedig und Verona (Ursprünge des Maklerrechts S. 118, 129; Universalgeschichte S. 23 Anm. 18)

käufer sein, niemals jedoch für ihre eigenen Gäste. Es war ihnen nämlich untersagt, auswärtige Kaufleute der gleichen Branche zu beherbergen. Damit war eine Vermittlertätigkeit eines Gastwirts für seine Gäste ausgeschlossen, denn für andere Branchen war er ohnehin nicht zugelassen. Für die Unterkäufer am Wein war 1350 verordnet "Auch ensullen die undirkouffere an dem wynen keyne koufflude zu gesteden halden die wynkoufflude sin, wer darubir gestede hilde, also mennichen gast also der hilde also dicke sal he vyer wochen fur die stad" (1). Auch für die Unterkäufer anderer Handelszweige galt dieses Verbot (2).

Da die Auffassungen von Laband und Ehrenberg für Frankfurt keine Geltung beanspruchen können, fragt es sich, wie sich die Entwicklung hier vollzogen hat. Wann es in Frankfurt die ersten Unterkäufer gegeben hat, liegt im Dunklen. Urkundlich werden sie erstmals im ältesten Gesetzbuch von 1352, das die Zeit von 1350 bis 1370 umfaßt, erwähnt. Das bedeutet nicht etwa, daß es sie vorher nicht gegeben hätte. Es scheint eher das Gegenteil der Fall zu sein. Im Gesetzbuch von 1352 wird ihre Existenz bereits vorausgesetzt.

Es ist anzunehmen, daß es mit der Einrichtung eines ständigen Handels auch die ersten Unterkäufer gegeben hat. Eine andere Frage ist, ob sie damals auch schon so bezeichnet worden sind.

Hinweise, die auf einen ständigen Frankfurter Handel schließen lassen, stammen aus dem Ende des 12. Jahrhunderts (3). Im Jahre 1184 (4) bestätigte Kaiser Friedrich I. den Bürgern zu Worms die Zollfreiheit, die ihnen im Jahre 1074 von Heinrich IV. für Frankfurt und alle ande-

(1) Senckenberg S. 69

(2) Amtsurkunden Nr. 167 : "... unde sollen keyne gestede halden, die der kauffmanschaft feile han, der sie underkauffer sin ..." In Köln durften die Wirte für ihre Gäste Pferdekäufe vermitteln, wenn ein vereidigter Unterkäufer nicht erreichbar war (Frensdorff S. 296)

(3) Dietz, Handelsgeschichte I S. 136

(4) Privileg v. 3. Januar 1184
(Boehmer-Lau Bd. I S. 14 Nr. 27)

ren königlichen Zollstätten gewährt worden war. Gleichzeitig erhielten die Frankfurter Bürger Zollfreiheit in Worms. Es muß also damals zwischen beiden Städte ein aktiver Handel bestanden haben. In diese Zeit fallen auch die ersten Anfänge des Meßhandels (1). Die Kaufleute dürften sich schon damals der Hilfe von Vermittlern bedient haben, denn sie konnten sich damit eine wesentliche Erleichterung des Handels erhoffen.

Die Unterkäufer werden zunächst nur als Gelegenheitsvermittler ohne jede gesetzliche Bindung für ihre Bekannte und dann für einen größeren Kreis Handel treibender Bürger aufgetreten sein oder sie wurden als Helfer für bestimmte auswärtige Kaufleute tätig, die ihnen bekannt waren.

Die Auffassung von Bücher (2), daß es in Frankfurt im Mittelalter keine eigene Kaufmannschaft, insbesondere keine Großkaufmannschaft, gegeben habe und daß der Frankfurter Warenhandel bis in das 16. Jahrhundert hinein nur während der Messen Bedeutung erlangt habe, dürfte inzwischen auf Grund der Forschungen von Dietz (3) als widerlegt angesehen werden.

Zu einer ständigen Institution scheint sich die Vermittlung von Handelsgeschäften in der Mitte des 13. Jahrhunderts mit dem Erstarken des Meßhandels entwickelt zu haben.

Anfangs scheinen die Unterkäufer keine objektiven Mittler zwischen den Parteien gewesen zu sein. Es ist anzunehmen, daß sie zunächst nur Helfer einer Partei waren und auch nur von dieser eine Provision bekamen. Auf diese einseitige Stellung deuten die ersten gesetzlichen Vorschriften über die Unterkäufer im Gesetzbuch von 1352 hin. Ihnen wurde zur Pflicht gemacht, bei ihren Vermittlergeschäften besonders auf die Belange der Frankfurter Bürger bedacht zu sein.

(1) Dietz a. a. O.

(2) Bücher, Bevölkerung S. 244

(3) Dietz, Handelsgeschichte I S. 159 ff.

vergl. Ruhl, der eine kritische Gegenüberstellung der Forschungsergebnisse von Bücher und Dietz gibt.

Die Unterkäufer am Wein mußten "der stad un dem rade in truwen globen unn zu den heilegin sweren, der stede burger zu furdiene." (1) Die in den Unterkäufereiden des 15. Jahrhunderts stets wiederkehrende Verpflichtung "glich und recht mit keuffern und verkeuffern umbzugeen, dem gaste als dem heimschen" (2) kannte man Mitte des 14. Jahrhunderts noch nicht. Auch in den Weingesetzen von 1381, die auch Vorschriften über die Unterkäufer enthalten, wurden die Interessen der Bürger noch in den Vordergrund gestellt.

"Notandum. Daz hernach geschrebin stet, sint die gesece, die der rad von gnadin erleubit und gegunnet had allen den, die burgere sin zu Franckenfurd und mit winen umbgen und auch den winstichern, und hat der rat daz getan dem heiligen Riche zu eren und der stat Franckenfurd und den burgern gemeynlichin dainne zu nucze." (3)

Frankfurt stellt mit der anfänglichen Bevorzugung der eigenen Bürger keine Ausnahme dar. In vielen anderen deutschen Städten waren die Verhältnisse ähnlich (4). Die Stadtbehörden glaubten, die Bürger vor Übervorteilungen und Betrugereien durch auswärtige Kaufleute schützen zu müssen (5). Allerorts bestand im Mittelalter in den Städten ein weitgehendes Mißtrauen gegen den fremden Kaufmann (6).

(1) Senckenberg S. 8

(2) Amtsurkunden Nr. 132 (Allgemeiner Unterkäufereid von 1465)

(3) Amtsurkunden Nr. 216

(4) In Prag war den Unterkäufern zur Pflicht gemacht, "einen purger zu furdern vor einem gast"

(Gengler S. 467)

In Ofen waren die Unterkäufer ebenfalls verpflichtet, die Interessen der Bürger denen fremder Kaufleute voranzustellen :
 "Dy unterkauffel sullen vor fur all kaufleut dem statfolk fliessig sein zu kauffen und zu verkauffen, und den selbigen kaufleuten in der stat zu ersten meldenn, so ichtz kaufmanschatz zur stat kumbt und darnach den gesten."

(Schmieder S. 235)

(5) Falke I S. 269

(6) Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft S. 145

Die Unterkäufer haben sich in Frankfurt erst allmählich zu unparteiischen Mittlern entwickelt. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts darf man diese Entwicklung als abgeschlossen ansehen.

II. Arten des Unterkaufs

- 1) Spezialisierung des Unterkaufs auf bestimmte Handels-
zweige. (1)
(Die Entwicklung seit 1350)

Im Gesetzbuch von 1352 sind namentlich aufgeführt 35 "undirkouffere zu dem wyne" (2), 18 "undirkouffere undir den metzelern" (3), 21 "rozthussere" (4), und 6 "hering undirkouffere" (5).

Am ausführlichsten sind die Vorschriften über die Unterkäufer am Wein gehalten. Das erklärt sich daraus, daß Wein im mittelalterlichen Frankfurt einer der bedeutendsten Handelsartikel war. Wein bildete einen so beträchtlichen Teil des Meßhandels (6), daß das Sprichwort aufkam, in Frankfurt gebe es mehr Wein in den Kel-

-
- (1) vergl. Übersicht bei Dietz, Handelsgeschichte I S. 380 ff.
(2) Senckenberg S. 8, S. 11
(3) Senckenberg S. 63
(4) Senckenberg S. 62
(5) Senckenberg S. 64
(6) Besonders die Fastenmesse genoß einen Ruf als Weinmarkt (vergl. Troe S. 333).

lern als Wasser in den Brunnen (1). In einer Urkunde aus dem Jahre 1373 findet sich für die Unterkäufer am Wein die Bezeichnung "winsticher" (2). In der Folgezeit war vorwiegend dieser Name gebräuchlich. Er dürfte mit dem "stichwyne" (3) zusammenhängen, den die Unterkäufer nach alter Gewohnheit von den fremden Kaufleuten nach Abschluß eines jeden Geschäfts als eine Art Naturalbe-
lohnung erhielten (4).

Mit dem Anstechen der Fässer, woran man zunächst denken könnte, hat der Name nichts zu tun. Das Anstechen wurde nicht von den Weinstichern, sondern von den Visierern besorgt, denen die Aufsicht über den gesamten Weinausschank in der Stadt oblag (5).

-
- (1) Kriegk, Bürgertum S. 316. Die Einnahmen der Stadt aus dem Weinhandel betrugen im Jahre 1387 ein Drittel der Gesamteinnahmen, im Jahre 1400 sogar die Hälfte.
 - (2) Gesetzbuch 1 fol. 14 R.
Bei Erler, IOH-Urteile Nr. 287 wird der "gesworn uffstossir" erwähnt. Es dürfte sich hier um eine weitere Bezeichnung für die Unterkäufer am Wein handeln.
 - (3) Senckenberg S. 9 (um 1350).
Vergl. auch Gesetzbuch 1 fol. 14 R "stichwin" (um 1373).
 - (4) Von Bürgern durften die Weinsticher keinen Stichwein annehmen. Erstmals im Jahre 1381 finden wir für die Provision, die Weinsticher erhielten, die Bezeichnung "stichgelt" (Amtsurkunden Nr. 216).
Auch in den späteren Jahren finden wir stets nur diese Bezeichnung.
 - (5) Die Visierer maßen mit einer Visierrute die Weinfässer aus und bestimmten auf diese Weise den Kubikinhalt. Je nach Größe der Fässer wurde von ihnen im Auftrag der städtischen Behörden das Ungeld und das Niederlagegeld festgesetzt. Um Steuerhinterziehungen möglichst zu unterbinden, mußten alle Fässer, aus denen ausgeschenkt werden sollte, vorher von den Visierern versiegelt werden (vergl. hierzu Eid der Visierer in Amtsurkunden Nr. 218; Kriegk, Bürgertum S. 325; Frankfurter Berufswörterbuch S. 45).
In Köln wurde das Anstechen der Fässer von den Unterkäufern, die dort ebenfalls Weinsticher hießen, vorgenommen (Bender S. 34)

Die zweitwichtigste Stelle nahm der Pferdehandel ein. Frankfurts Pferdemarkt war im Jahre 1350 der größte in ganz Deutschland. Er blieb es danach über 300 Jahre (1).

Es besteht kein Zweifel, daß mit den "rosthussere" die Unterkäufer gemeint sind. Das läßt sich aus der folgenden späteren Verordnung entnehmen

"Um die rosthussere han unse herren gemacht, das die rosthussere, he sie wirt adir gast, nicht me zu undirkouffe sullin nemen dan von dem phunde vyer heller uzwendig der mezse und in der mezse sehs heller, und den undirkouffsal der gebin, der da virkouffit" (2).

In der Folgezeit finden wir für nahezu alle Handelszweige Nachweise über den Unterkauf. Im Jahre 1373 ergingen Gesetze über den Unterkauf an Fässern, Leder, Rauchwaren, Spezereien und Wolle (3). Akten des Rechneiamtes geben uns Aufschluß über weitere Arten des Unterkaufs seit 1377 (4).

1377 : Hockenwerk (Eier, Butter, Käse, Schmalz) (5);

1380 : Heu (6); 1384 : Eisen (7) ; Silber, Gold (8);

1385 : Vermittlung von Frachtgeschäften (9) ;

1386 : Zinn, Kupfer, Blei (10); 1387 : Sensen (11).

(1) Dietz, Geschichte des Pferdemarktes S. 71

(2) Amtsurkunden Nr. 156 (Ratsbeschluß über die Roßtäuscher um 1360)

In späterer Zeit wurden auch die Pferdehändler als "rosthussere" bezeichnet (Dietz a. a. O. S. 94).

(3) Amtsurkunden Nr. 138, 149, 153, 167, 205

(4) Ugb B 52 T⁵ (Verzeichnis über Stadtgefälle)

(5) Amtsurkunden Nr. 145 (Verpachtung des Unterkaufs im Jahre 1377)

(6) Amtsurkunden Nr. 143

(7) Amtsurkunden Nr. 136

(8) Ugb B 52 T⁵ fol. 2 a

(9) a. a. O. fol. 2 R

(10) a. a. O. fol. 3 R

(11) a. a. O. fol. 4 R

Im Jahre 1406 erging eine Ordnung für die Unterkäufer am Tuch (1). Sie waren zugleich Tuchstreicher (Messer). Die Ordnung unterschied zwischen den Unterkäufern der Weberzunft, die von der Zunft ernannt, und anderen Unterkäufern, die von der Stadtverwaltung bestellt wurden. Der Rat hatte der Weberzunft nämlich gestattet, für ihr Tuch (Frankfurter Tuch) aus ihren Reihen Unterkäufer zu ernennen "daz dieselben vier alleyn underkeuffere an irme gewande sin sullen zuschen den messen und sost nymand" (2).

Das Streichen war ihnen verboten "und sal auch ire keiner die duche strichen, daran er underkeuffer gewest ist" (3). Die anderen Unterkäufer durften zwischen den Messen nur fremdes Tuch vermitteln und messen. Während der Messen war ihre Tätigkeit nicht beschränkt (4).

Seit dem Jahre 1503 wurde das Messen der Tuche besonderen Messern übertragen (5).

Verschiedentlich wurde der Unterkauf auch von den Wiegern mitbesorgt. Seit 1373 hatten die Wollenwieger das ausschließliche Recht, außerhalb der Messezeiten Unterkauf an der Wolle zu treiben "unde uswendig der messe sail nymand underkauff nemen dan die fünff wollinwiger" (6). Während der Messezeiten waren auch andere Personen zugelassen.

Als Unterkäufer finden wir ferner die Kohlenmesser (7), ferner die Messer für Früchte (obeß, hoppen, kesten, nuße) (8).

(1) Amtsurkunden Nr. 169 (um 1406)

(2) Amtsurkunden Nr. 169

(3) Amtsurkunden Nr. 131

(4) Dietz, Handelsgeschichte I S. 363 meint fälschlich, daß sie nur fremdes Tuch vermitteln durften.

(5) Amtsurkunden Nr. 170 (Der stricher eidt und ordenung)

(6) Amtsurkunden Nr. 205

(7) Amtsurkunden Nr. 191

(8) Eidbuch 1 a fol. 18

Innerhalb der Stadtwaage lag der Unterkauf in den Händen der städtischen Waagemeister (1). Die Waagemeister mußten eidlich geloben "und auch soliches geltes und anders, das man dainne pleget zu heben und zu nemen, getruwelich zu warten (uffzuheben) und inneczunemen und das nyman zu erlassen, es sij wiegelt, husgelt, underkauff, zolle oder anders" (2).

Die Behauptung von Dietz (3), daß der städtische Marktmeister das Recht gehabt habe, bei allen Geschäften auf dem Markt mitzuwirken und er deshalb ebenfalls zu den Unterkäufern zu zählen sei, findet in den Quellen keine Stütze. Dietz gibt auch keinerlei Quellenhinweise. Dem Marktmeister oblag nur die Oberaufsicht über das Marktgeschehen. Daneben hatte er auch nach "den underkeuffern zu sehen, obe iman den (sc. Unterkauf) triebe und nit zeichen hette" (4).

Schließlich hatte der Marktmeister die Markt- und Meßzölle einzuziehen. Dietz unterscheidet oft nicht genügend zwischen Zoll und Unterkaufsgeld. Vermutlich glaubte er, das Recht zur Einziehung der Zölle und Steuern berechnete auch zur Einziehung der Unterkaufsgebühren.

Hätte man dem Marktmeister den Unterkauf gestattet, so wäre das sicherlich in der Dienstanweisung für den Marktmeister zum Ausdruck gekommen, denn dort pflegte man alle Rechte und Pflichten aufzunehmen.

(1) vergl. Dietz Handelsgeschichte I S. 350

(2) Amtsurkunden Nr. 202 (Eid der Waagemeister 1419)

(3) Dietz, Handelsgeschichte I S. 120, so auch Bothe, Geschichte S. 133

(4) Amtsurkunden Nr. 234 (Marktmeistereid v. 29. 5. 1439); seit dem Jahre 1406 mußten die Unterkäufer eine Art Abzeichen tragen, das sie als vereidigte und amtlich zugelassene Unterkäufer auswies. Die Marktmeister hatten darüber zu wachen, daß nur diese Personen Unterkaufsgeschäfte betrieben.

2) Die "underkeuffere an eigen und erbe"

Auf die Art ihrer Tätigkeit wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen. Sie vermittelten keine Gegenstände des Handelsverkehrs, sondern den Kauf und Verkauf von "husunge, eckere, wiesen" sowie von Leibrenten und Ewigrenten (1). Sie waren also Immobilienmakler.

Daneben finden wir sie als Zwangsversteigerer liegender Güter (2). Sie mußten eidlich geloben "auch was yn von gerichtes wegen oder sust befohlen wirt, zu virkeuffen, das sie darczu flissig sin sullen, das zu virkeuffen".

Ihre Aufgaben bei der Zwangsversteigerung erschöpften sich darin, die zum Verkauf bestimmten Güter 14 Tage lang feilzuhalten und zu versuchen, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Nach Ablauf dieser Frist wurden die Güter dem Meistbietenden verkauft, jedoch mit der Maßgabe, daß der Schuldner binnen einer weiteren Frist von 14 Tagen die Möglichkeit der Pfandlösung hatte. Machte er hiervon keinen Gebrauch, ging das Eigentum endgültig auf den Käufer über. Gelang es dem Unterkäufer nicht, einen Käufer zu finden, so mußte er vor dem Schultheißen schwören, daß er "das nit virsetzen oder virkeuffen" konnte (3).

(1) Amtsurkunden Nr. 134, 135 (1388 und 1425)

(2) In dieser Stellung scheinen die Unterkäufer an Eigen und Erbe auch in Straßburg und München gewesen zu sein (Toebelman S. 28)

(3) Thomas, Oberhof S. 268. Die dort abgedruckte Schöffengerichtsordnung stammt aus dem 15. Jahrhundert und befaßt sich eingehend mit der Zwangsversteigerung und der Beteiligung der Unterkäufer hieran. Sie stimmt überein mit einer weiteren Ordnung aus dem 14. Jahrhundert, die bei Senckenberg a. a. O. S. 29 und bei Orth, Anmerkungen zur Reformation Bd. 1 S. 497 abgedruckt ist. Das beweist, daß die Art und Weise der Zwangsversteigerung in dieser Zeit keine Änderung erfahren

Seit der Frankfurter Reformation von 1509 scheinen die Unterkäufer bei der Zwangsversteigerung nicht mehr herangezogen worden zu sein, denn sie werden dort nicht mehr erwähnt (1).

3) Die "underkeuffere an aldem gerede"

Eine Sondergruppe für sich bilden die Unterkäufer an altem Gerät (Kleider, Betten, Hausrat). Wir finden sie zuerst in Ratsbeschlüssen aus dem Jahre 1406 erwähnt (2). Über ihre Rechtsstellung bestehen falsche Vorstellungen. Bücher (3) und Dietz (4) sehen in ihnen Handelsmakler. Diese Auffassung ist jedoch unzutreffend. Sie vermittelten nicht den Geschäftsverkehr zwischen anderen Personen, sondern sie traten selbst als Partei auf:

"Waß aber von altem gerede für Sie gelegt oder gethan wirdet zu verkeuffen Sollen Sie verkeuffen ..." (5).

hat und auch die Heranziehung der Unterkäufer schon im 14. Jahrhundert erfolgt ist. Orth a. a. O. S. 497: "Wer Eigen und Erbe versetzt vor den Burgermeistern für Gelt zu verstecken zu gebene und in das Buch wird eingeschriben, wenne die Zyt komet, giebet he denn sein Geld nicht, so mag der sine Phand uffbieten an Gerichte, und sal ime der Schulteß einen Richter geben, der so ime richten, und wanne ime gerichtet ist; so sol der geschworne Underkauffer die 14 Tage veiltragen zu versetzen oder zu verkauffen, und wann dann die 14 Tage ußin, so mag he die Phand, versetzen oder verkauffen, und wanne he die versetzt oder verkaufft, der solhe dem verkunden, des die Phand gewest sind, ob he will nache der Verkundunge die Phand losen und entschudden binnen den nechsten vierzehnen Tagen."

- (1) vergl. Gesetzbuch Nr. 24 § 42
- (2) Amtsurkunden Nr. 133 (Ratsbeschlüsse über den Unterkauf)
- (3) Bücher, Bevölkerung S. 252; Berufe S. 127
- (4) Dietz, Handelsgeschichte I S. 385
- (5) Eidbuch Nr. 1 a fol. 56 (siehe Annang II)

Sie handelten dabei für Rechnung ihrer Auftraggeber, denn sie mußten "waß sie daruß loesen denjhenen das zusteet unabbruchlich überliebern". Wir haben es also mit Kommissionären zu tun. Hinsichtlich des übergebenen Gutes traf sie die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns. Ihrem Auftraggeber gegenüber waren sie rechenschaftspflichtig. Auf Verlangen mußten sie ihm mitteilen, "weme und wie duer sie daß syne verkaufft haben".

Der Selbsteintritt war ihnen untersagt. Das ergibt sich daraus, daß sie keine Geschäfte auf eigene Rechnung abschließen durften; sie mußten schwören, daß sie "keyne alte gerede ... keuffen oder feile han ... das ire eigen sy ..."

Wir finden die Unterkäufer an altem Gerät noch in einer weiteren Tätigkeit, nämlich als vereidigte Schätzer, "wo sich auch teylunge, motscherunge (1) oder schatzunge zu thun begeben". Gemeint ist hier die Teilung und Schätzung von fahrender Habe schlechthin, nicht etwa nur von Hausrat.

Die Parteien mußten bei derartigen Teilungen stets zwei Unterkäufer heranziehen. Wahrscheinlich hatte man in die Tätigkeit nur eines Schätzers nicht genügend Vertrauen und befürchtete, daß ein einzelner leichter bestechlich sein könnte.

Seit der erneuerten Reformation von 1578 wurden die Unterkäufer auch bei der Versteigerung von Faustpfändern wie bei der Zwangsversteigerung fahrender Habe überhaupt herangezogen (2).

Man darf sie aber nicht mit unseren heutigen Gerichtsvollziehern ver-

(1) mhd. muotscharunge = Teilung von Gesamteigentum durch freiwillige Übereinkunft (vergl. Grimm DWB VI, 2803; Lexer a. a. O. 1, 1246)

(2) Erneuerte Reformation 1578 1. Teil Titel 45 § 17 :
"Wann nun die Pfändung in massen obsteht, geschehen; so mag der Gläubiger begeren, solche Pfandt öffentlich per Licitationem, das ist Vergantung durch geschworne Hockin, in beyseyen des Executors und deß Gerichtsschreibers, öffentlich verkauffen, und sich davon bezahlen lassen."

gleichen. Mit dem Gerichtsvollzieher ist der amtlich bestellte Exekutor vergleichbar, der beim Verkauf durch die Unterkäufer stets anwesend sein mußte. Die Unterkäufer hatten hier keine besonderen Befugnisse. Man bediente sich ihrer lediglich zwecks leichteren Verkaufs der Pfänder.

III. Die Verbindung des Unterkaufs mit der Warenschau.

Das Mittelalter kannte eine strenge Kontrolle aller Waren und Gewerbezeugnisse (1). Vor dem Verkauf wurden sie einer eingehenden Kontrolle durch bestellte Schauer unterworfen.

Die Warenschau diente in erster Linie dem Schutz des einheimischen Konsumenten vor Übervorteilung und Betrug, dann aber auch der Reinerhaltung des Gewerbes.

Besonders ausgeprägt war die Warenschau beim Handel mit Lebensmitteln. Das hatte seinen guten Grund, denn hier war die Gefahr der Verfälschung und des Betruges besonders groß; auch bestand wegen der leichteren Verderblichkeit der Waren, gerade der Fleisch- und Fischwaren, die Gefahr gesundheitlicher Schädigungen. Eine wirksame Kontrolle war deshalb unerläßlich.

Alle Fische, die auf dem Frankfurter Markt verkauft werden sollten, mußten vorher von den Unterkäufern an Salzfischen untersucht und besichtigt werden.

"Es soll auch keyne hocke keynerley fischwerg zu merte feile han, es haben dan vor der stede gesworn underkeuffere gesehen" (2).

(1) Inama-Sternegg III 2 S. 44; Falke I S. 268

(2) Amtsurkunden Nr. 163 (Anweisung für die Unterkäufer an Salzfischen von 1450) vergl. auch Fischbeseherrolle Ugb B 86 Nr. 26

Die Besichtigung der Fischwaren gehörte mit zu den Hauptaufgaben der Unterkäufer. Sie mußten eidlich geloben, alle Fische, "die man hie verkeuffen wil, zu besehen" (1).

Stellten sie irgendwo schlechte, untaugliche Waren fest, so hatten sie einem Richter hierüber Anzeige zu machen, der die Waren beschlagnahmte und von Amts wegen vernichtete, indem er sie einfach in den Main werfen ließ (2).

Verschiedene Unterkäufer am Vieh haben gleichzeitig die Fleischschau ausgeübt (3). Die Fleischschau gehörte nicht zu den Hauptaufgaben der Unterkäufer im Gegensatz zur Warenschau bei den Unterkäufern an Salzfishen. Es bedurfte deshalb auch erst immer einer gesonderten Übertragung der Befugnis zur Betätigung als Fleischbeschauer.

IV. Aufnahme und Zulassung als Unterkäufer

1.) Voraussetzungen

In welcher Weise sich die Aufnahme und die Zulassung vollzog, kann man heute nicht sagen. Uns fehlen urkundliche Belege hierüber.

Ein Hinweis auf die Art und Weise der Aufnahme ergibt sich lediglich

-
- (1) Eidbuch Nr. 1 fol. 54 Nr. 33 (Eid der Unterkäufer an Salzfishen von 1384)
 - (2) Eidbuch Nr. 1 fol. 54 Nr. 33
(siehe Anhang I)
 - (3) Die Fleischschau lag hauptsächlich in den Händen des Metzgerhandwerks. Nur einige wenige Unterkäufer waren gleichzeitig Fleischbeschauer, vergl. Rechne iamtsakten Ugb B 53 fol 8 R über die Verpachtung der Fleischschau.

aus den jährlichen Bürgermeisterbüchern. In einem Anhang sind alle die Personen namentlich aufgeführt, die sich alle Jahre um die freien Stellen als Unterkäufer beworben haben. Hinter jedem Namen sind die Stimmen vermerkt, die bei der Wahl durch den Rat auf den betreffenden entfallen sind. Wir wissen also lediglich, daß die Unterkäufer vom Rat gewählt wurden.

Man kann auch nicht mit Sicherheit sagen, welche Voraussetzungen die Unterkäufer bei der Zulassung erfüllen mußten. Die Zulassung scheint jedenfalls nicht grundsätzlich von dem Erwerb des Bürgerrechts abhängig gemacht worden zu sein (1), denn während der Messen waren zahlreiche fremde Personen als Unterkäufer zugelassen. Allein zur Herbstmesse 1406 waren es 95 beim Unterkauf an Gewand (2).

Auch beim Pferdehandel finden wir zahlreiche Fremde als Unterkäufer. Nach altem Brauch durften die Straßburger Unterkäufer an Pferden die Frankfurter Pferdemarkte besuchen. Umgekehrt waren die Frankfurter Unterkäufer in Straßburg zugelassen (3).

Vermutlich hat der Rat der Stadt Frankfurt fremde Personen nur dann als Unterkäufer zugelassen, wenn diese bereits auch in ihrer Heimatstadt als Unterkäufer zugelassen waren. Sonst wäre es nämlich überflüssig gewesen, daß sich die Fremden von ihrer Heimatstadt Bescheinigungen zwecks Vorlage in Frankfurt ausstellen ließen, in denen ihnen eine solche Tätigkeit bescheinigt wurde (4).

Beim Weinhandel dagegen wurden fremde Personen als Unterkäufer nicht zugelassen.

-
- (1) In den Städten des Hansagebiets sowie in Brügge durften nur Bürger als Makler tätig werden
(Frensdorff S. 271; Ehrenberg S. 415)
 - (2) Gewichtsbuch Ugb B 66 Zzz fol. 15
 - (3) Dietz, Geschichte des Pferdemarktes S. 95
 - (4) Reichssachen I Nr. 5583 (v. 17. 3. 1468)
siehe Anhang IV

"Alle, die undirkouff nemen wollen an dem wyne, die sullent vore burger sin" (1).

Richtlinien für eine bestimmte Vorbildung der Unterkäufer gab es nicht. Meistens wurden die Unterkäufer jedoch aus den verwandten Gewerben genommen. Damit war eine gewisse Gewähr gegeben, daß es sich um sachverständige Personen handelte; denn Sachkunde wurde bei allen Unterkäufern vorausgesetzt, weil sie die Ware auch schätzen mußten. In besonderem Maße verlangte man genügend Fachkenntnisse von den Weinstichern. Sie mußten wirkliche Weinfachleute sein, denn sie sollten die Käufer beim Kauf nach besten Kräften beraten. Sie mußten die Käufer führen

"in eyns burgers keller alse wol in dez andern nach dem, alse sie dan von dem gaste horen, waz wine he meynet zu keuffen" (2).

Unbedingt sachständig mußten auch die Unterkäufer an Salzfishen sein, weil ihnen die Warenschau oblag. Das gilt auch für die Unterkäufer am Vieh, soweit sie Fleischbeschauer waren.

Die Unterkäufer an Sennen mußten nicht nur den Kauf vermitteln, sie hatten für den Käufer aus einem größeren Vorrat die Sennen zu "kiesen" das heißt auszusuchen (3). Auch das konnten sie nur bei genügender Warenkenntnis.

Der Rat wandte sich, wenn er selbst nicht genügend Bewerber für eine freie Stelle hatte, an das Handwerk und die Zünfte mit der Bitte, geeignete Bewerber zu benennen

"Item die kürssener sollen 2 oder 3 nennen, die zu underkauff an ruwer ware gut sin. . ." (4)

Die Prüfung der charakterlichen Eignung der Bewerber scheint nicht

(1) Senckenberg S. 48

(2) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 11 c

(3) Amtsurkunden Nr. 166 (Anweisung für die Unterkäufer an Sennen um 1425)

(4) Bürgermeisterbuch von 1478 fol. 29 R
(ruwe ware = Rauchwaren)

mit großer Sorgfalt durchgeführt worden zu sein. Hierauf kann man aus Verbesserungsvorschlägen verschiedener Ratsmitglieder schließen, die dem Rat unterbreitet wurden

"Item die weinsticher und underkauffer, daz man die virhore und examinire und vorwert also bestelle, daz is dem riche erlich sy und arm und riche nützlichen und bequemelich" (1).

Die Unterkäufer mußten für die Dauer ihrer Tätigkeit eine handwerkliche Tätigkeit einstellen (2).

2) Eidesleistung

Jeder Unterkäufer hatte einen vorgeschriebenen Eid zu leisten. Niemand durfte sich als Unterkäufer betätigen, der nicht vorher vereidigt war. Dieser Grundsatz galt das ganze Mittelalter hindurch. Die Eidesformel war zunächst für alle Unterkäufer gleich, ohne Rücksicht darauf, in welchem Handelszweig sie tätig waren.

"Auch ensullen alle undirkouffer, sie sin an willichem hantwercke sie sin, keinen undirkouff nemen, sy kommen dan vore für die burgermeystere unn globin in truwen und swer in zu den heilegin, recht zu tune dem armen und dem rychen und eyne ygliche ane alle arglist unn geverde" (3).

Der Eid wurde also auf die gewissenhafte Erfüllung der Unterkäuferpflichten schlechthin geleistet; einzelne Rechte und Pflichten waren in die Eidesformel noch nicht aufgenommen. Das geschah erst Ende des 14. Jahrhunderts, als für die Unterkäufer bei den einzelnen Han-

-
- (1) Ratssachen 1a : "Gutt bedunken oder fürschräg ettlicher Rathsfreunde, was in dem Regiment oder auff ämptern zu verbessem sey (1370 - 1400).
 - (2) Senckenberg S. 12 : "Ist er abir ein hantwerkman unn wil das hantwerk dryben so sal er das undirkouffen begeben."
 - (3) Senckenberg S. 12

delszweigen gesonderte Eidesformeln geschaffen wurden. Den ersten speziellen Eid hatten die Unterkäufer für Salzische im Jahre 1384 zu leisten (1)

Die Rechte und Pflichten der Unterkäufer bei den verschiedenen Handelszweigen unterschieden sich oft nur geringfügig. Man schuf deshalb wohl auch nicht für jeden Handelszweig einen eigenen Unterkäufereid. Statt dessen sah man einen allgemeinen Unterkäufereid für die "underkeuffer an gemeynen kauffmanschafft" vor (2)

Hier waren alle Grundpflichten, die bei allen Unterkäufern gleich waren, enthalten. Der Eid war praktisch auf alle Unterkäufer anwendbar.

Manchmal wurden die Pflichten der Unterkäufer nach erfolgter Eidesleistung durch irgendwelche Umstände erweitert. Die Unterkäufer brauchten dann nicht einen neuen Eid zu leisten. Die Erfüllung der zusätzlichen Pflichten wurde dann lediglich unter Berufung auf den geleisteten Eid anbefohlen (3). Das ist nichts außergewöhnliches. Auch heute kennen wir die Berufung auf den bereits geleisteten Eid bei der Vereidigung der Zeugen im Zivil- und Strafprozeß.

Der Eid mußte vor beiden Bürgermeistern geleistet werden (4). Später scheinen die Unterkäufer ihren Eid vor den Rechenmeistern abgelegt zu haben. Hierauf deuten verschiedene Hinweise in den Bürgermeisterbüchern hin (5) Auch das ganze Aufnahmeverfahren scheint sich später

(1) Eidbuch Nr. 1 fol. 54 Nr. 33

(2) Amtsurkunden Nr. 132 (um 1465)

(3) z. B. bei den Unterkäufern am Vieh, denen im Jahre 1418 zur Pflicht gemacht wurde, alle verbotenen Viehhandelsgeschäfte anzuzeigen, von denen sie Kenntnis erlangten "das sie das unverzugelich den burgermeistem furbrengeu sollen bij den eiden, als sie dem rade und uber den underkauff getan han . . ." (Amtsurkunden Nr. 140)

(4) Senckenberg S. 12

(5) Bürgermeisterbuch von 1480 fol. 20 R: "Item Rechenmeister sollen die underkeuffer am fehe veredigen." Es finden sich noch zahlreiche andere Beispiele.

nur noch vor den Rechenmeistern abgewickelt zu haben (1).

Die Annahme von Bücher (2), daß der Unterkauf während der Messen im 14. Jahrhundert freigegeben gewesen sei, also jeder Unterkauf treiben durfte, ohne daß es einer Zulassung bedurft hätte, ist durch nichts bewiesen. Bücher schließt das aus einer Ratsverordnung des Jahres 1406 für den Handel mit Spezereiwaren, Wachs und ähnlichen Artikeln (3). Dort ist bestimmt, daß niemand Unterkauf treiben solle, "er sy dan vor den burgermeister und des rads frunde die darczu bescheiden sin gewest und habe darubir globit und gesworn und ...". Diese Vorschrift, so meint Bücher, sei nur verständlich, wenn man vorher keine Eidesleistung gefordert habe.

Bücher übersieht, daß bereits im Jahre 1250 (4) für alle Handelszweige die Eidespflicht eingeführt worden war (5). In der Folgezeit hat sich hieran nichts geändert. Die Verordnung aus dem Jahre 1406 gibt die Bestimmung lediglich für einen bestimmten Handelszweig wieder.

Von der Pflicht zur Eidesleistung scheinen lediglich die "underkeuffere an aldem gerede" befreit gewesen zu sein; jedenfalls bis zum Jahre 1491. Die Einführung der Eidespflicht für die "underkeuffere an aldem gerede" im Jahre 1491 begründete der Rat wie folgt :

"Der Rate zu Franckenfort hait betracht den manigfeltigen betrogk, so heymischen und fremdbden von den vorkeuffern an aldem gewande, hußrat und anders biß anher zugestanden ist und teigelichs beschicht und dar umb gemeynem

-
- (1) Bürgermeisterbuch von 1481 fol. 32 R : "Item Rechenmeister sollen underkeuffer zum fehe nemen."
 - (2) Bücher, Bevölkerung S. 253
 - (3) Gewichtsbuch Ugb B 66 Zzz fol. 8
 - (4) Senckenberg S. 12
 - (5) In Nürnberg konnte unvereidigt Unterkauf treiben, wer "kain gelt oder kain miete darumb nemen wil." (Schmieder S. 240)

notze zu gude gesatz geordent und wollen, das nymant hin
fur nach Sant Michahels tag nehst konfftig keyn hockewercke
oder underkauff an kleydern oder hußrat hie zu Franckenfort
uben, triben noch feile habenn solle, er werde dan von der
Stede Rechenmeistern Inn sonderheit darzu gelaißen und habe
synen besondern eit daruber gethan ..." (1)

Die Unterkäufer an altem Gerät fallen nicht unter die Bestimmung
von 1350, weil sie nicht zu den Handelsmaklern gehören, diese Be-
stimmung aber nur für diese gegolten haben dürfte.

Die strenge Bestimmung von 1491, wonach jeder Unterkäufer an al-
tem Gerät einen Eid zu leisten hatte, wurde im Jahre 1500 gelockert.
Der Eid brauchte nur noch von denjenigen geleistet zu werden, die
Waren im Werte von über einem halben Gulden verkauften (2). Die
Grenze wurde noch im gleichen Jahr auf einen Gulden heraufge-
setzt (3).

Seit dem Jahre 1491 mußten die Unterkäufer an altem Gerät eine
Sicherheit in Höhe von 100 Gulden hinterlegen "domit frembden
und heymischen deß iren dester sichere ob sie schaden von den under-
keuffern lyden gesyn mogen (4). Für die anderen Unterkäufer galt
dies nicht.

(1) Eidbuch Nr. 1 a fol. 56 R

(2) Eidbuch Nr. 1 a fol. 56 R : "Uff dinstag nach Elisabeth videre
anno XV^C in consilio, daß die armen Hocken die alt cleider
und gerompel feile han und nit gesworn underkeuffer sin, kein
stücke daß uber einß halben gulden wert ist nit feile haben
noch verkeuffen sollen by verluste eins gulden so dicke deß
noit geschicht."

(3) Bürgermeisterbuch von 1500 fol. 68 : "Als die alten hocken
schriben, sollen keyn stuck daß uber 1 gulden wert sy ver-
keuffen noch feile han by verlust eins ort eins gulden."

(4) Eidbuch Nr. 1 a fol. 56 R

3) Abgabe des Unterkaufs gegen Gewinnbeteiligung oder gegen feste Gebühr

Das Recht zur Ausübung des Unterkaufs scheint den Unterkäufern ursprünglich gegen eine prozentuale Beteiligung der Stadt an den Einnahmen zur Ausübung überlassen worden zu sein. Die Gewinnbeteiligung war bei den einzelnen Handelszweigen verschieden hoch und schwankte zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{2}{3}$ des Verdienstes. Die niedrigste Gewinnbeteiligung finden wir beim Unterkauf an Fässern im Jahre 1373 (1) und die höchste beim Unterkauf an Sensen im Jahre 1388 (2).

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts setzte sich mehr und mehr die Abgabe des Unterkaufs gegen eine feste jährliche Gebühr durch, die sich nach der Höhe der erzielten Umsätze richtete. Mit steigenden Umsätzen erhöhte sich auch die Gebühr. Die Anpassung der Gebühr bereitete keine Schwierigkeiten, da der Unterkauf hier immer nur für eine begrenzte Zeit, in der Regel ein bis zwei Jahre, manchmal auch bis zu fünf Jahren, zur Ausübung überlassen wurde. Nach Ablauf dieser Zeit hatte die Stadt die Möglichkeit, die Gebühr neu festzusetzen. Um einen möglichst umfassenden Überblick über die Höhe der Einkünfte zu erhalten, ließ sich die Stadt jedes Jahr von den Unterkäufern genaue Angaben machen "Auch sal er by dem eide sagen, wann daz jar uz ist, waz er daran gewonnen hat." (3)

Die Höhe der Gebühr schwankte mitunter ganz erheblich, wie folgende Beispiele zeigen :

Die Unterkäufer an Heu (4) zahlten im Jahre 1394 12 Gulden, die Unterkäufer an Salzfishen (5) im gleichen Jahr 59 Gulden und die Unterkäufer an Pferden (6) sogar 120 Gulden. Die Einnahmen müs-

(1) Amtsurkunden Nr. 138 (Tarif der Unterkäufer)

(2) Rechneiamtsakten Ugb B 52 Ttttt fol.5R

(3) Amtsurkunden Nr. 150 (1402)

(4) Rechneiamtsakten über Stadtgefälle (1377-1414) Ugb B 52 fol. 8

(5) a. a. O. fol. 8

(6) a. a. O. fol. 8

sen dementsprechend unterschiedlich gewesen sein.

Im Jahre 1400 hatte sich das Verhältnis verschoben. Die Gebühr bei Heu betrug 18 Gulden (1), bei Salzfischen 80 Gulden (2) und bei Pferden 82 Gulden (3).

Im 15. Jahrhundert finden wir feste Gebühr und Gewinnbeteiligung nebeneinander. Gegen Gewinnbeteiligung wurde hauptsächlich der Unterkauf an Pferden, Leder, Sensen, Edelmetallen und Obst abgegeben (4).

Eine Besonderheit galt für den Unterkauf an Salzfischen. Nach einer Regelung aus dem Jahre 1467 hatten die Unterkäufer von ihrem Verdienst vorweg 10 Gulden an die Stadtkasse zu zahlen. Vom Rest erhielt die Stadt nochmal $\frac{2}{3}$ (5). Das Verbleibende wurde schließlich unter die Unterkäufer verteilt.

4) Das genossenschaftliche Prinzip bei einigen Unterkäufergruppen

Die Unterkäufer arbeiteten grundsätzlich jeder auf eigene Rechnung.

Eine Ausnahme galt für die Weinsticher, die Wollenwieger und die Unterkäufer an Pferden, die entweder ganz oder zum Teil genossenschaftlich vereint waren.

Im Jahre 1381 schrieb der Rat vor, daß sich jeweils 4 Weinsticher zusammenzuschließen hatten und auf gemeinsame Rechnung arbeiten sollten :

(1) a. a. O. fol. 14 R

(2) a. a. O. fol. 14

(3) a. a. O. fol. 14

(4) Rechneiamtsakten über Stadtgefälle aus dem 15. Jahrhundert
Ugb B 53 Dd, Ugb B 53 Dd 1-8 und Ugb B 73 Nr. 14

(5) Ugb B 53 ad Dd Nr. 4 fol. 9 R

"So sollen yecliche viere, die also zusammen gesast und gesellit worden, gesellen sin ane widderredde, und waz iecliche viere virdienen, daz sollen die viere getruwelichen under sich teilen, waz sie virdienen, ez sij uff dem waßer ader in der stadt." (1)

Die Wollenwieger (2) finden wir seit 1425 vereint, und die Unterkäufer an Pferden mußten auf Anweisung des Rates seit 1437 "iñ · ußwendig den messen miteynander haben und glich teilen was sie virdienen das yn blibet so der stat ire teile davon werden und gefallen ist." (3)

Im Jahre 1465 ordnete der Rat an, daß die Unterkäufer an Pferden wieder jeder für sich arbeiten solle (4).

Sieben Jahre später kehrte er jedoch wieder zu der Regelung von 1437 zurück (5).

Diese Zwangsassoziationen stellten sich als Arbeits- und Erwerbsgenossenschaften dar. Die Ausübung der Vermittlertätigkeit oblag ihnen als Gesamtpflicht und stand ihnen als Gesamtrecht zu (6). Alle

(1) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 11 a

(2) Amtsurkunden Nr. 206

(3) Amtsurkunden Nr. 159

(4) Bürgermeisterbuch von 1465 : "Item die underkeuffer an den pferden sal iglicher für sich sin solange dem rade eben ist."

(5) Bürgermeisterbuch von 1472 : "Item die underkeuffer an den Pherden sollen gemeinschaft haben ußwendig den messen."

(6) vergl. v. Gierke, Genossenschaftsrecht I S. 360, S. 439.

In den anderen süddeutschen Städten scheint es das genossenschaftliche Prinzip nicht gegeben zu haben (Toebelman S. 43); auch in Norddeutschland wohl nicht (Frensdorff erwähnt hierüber nichts, ebenso findet sich bei Beukemann kein Hinweis). Dagegen arbeiteten seit 1400 die Unterkäufer an Salz- fischen in Köln auf gemeinsame Rechnung (Kelter S. 85), ebenso die Weinsticher (Bender S. 40)

Einnahmen wurden untereinander geteilt, gleichgültig, was der einzelne verdient hatte. Die persönliche Mehrleistung kam der Gesamtheit zugute. Die Unterkäufer an Pferden, die aus privaten Anlässen von Frankfurt abwesend waren, nahmen an den Einnahmen der übrigen nicht teil, es sei denn, daß die übrigen ihn an den Einnahmen freiwillig beteiligten (1).

Die Weinsticher, die Kriegsdienst leisten mußten, blieben an den Einnahmen der übrigen ihrer Gruppe beteiligt, "als obe sie heim weren." (2)

Man wird sich fragen, welches wohl die Gründe gewesen sein mögen, gerade für diese Unterkäufer das genossenschaftliche Prinzip einzuführen. Eine überzeugende Erklärung läßt sich nicht geben. Kaum dürfte der Rat damit eine wechselseitige Kontrolle der Unterkäufer bezweckt haben, denn sonst hätte er das genossenschaftliche Prinzip für alle Unterkäufergruppen angeordnet. Bei den Weinstichern hat der Rat seine Maßnahme damit begründet, "daz es den kauffluden und der kauffmanschaft allernuzlichiste und bequemelichiste sij." (3) Die Regelung für die Unterkäufer an Pferden hat der Rat überhaupt nicht begründet, die Regelung bei den Wollenwiegern ist getroffen, um Zwietracht unter ihnen zu vermeiden (4).

Die Unterkäufer, die auf solche Weise verbunden waren, bildeten deshalb aber noch keine Zunft, wie Kriegk anzunehmen scheint (5).

Kriegk läßt eine Begründung für seine Auffassung vermissen. Bloße Erwerbsgenossenschaften waren noch keine Zünfte. Die Zünfte waren or-

(1) Amtsurkunden Nr. 159

(2) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 1p

(3) a. a. O. Ziff. 11 a

(4) Amtsurkunden Nr. 206 : "... und sollen auch alle mende rechenunge undereyn tun und glichlich miteyn teilen, uff das sie deste friedelichir unverdacht undereyn bliben mogen." (um 1425)

(5) Kriegk, Bürgertum S. 316

ganische Glieder des Gemeinwesens mit einer eigenen Verbandspersönlichkeit, die ihre gemeinschaftlichen Verhältnisse unter der Aufsicht des Rates selbst ordneten und verwalteten (1). Diese Voraussetzungen waren bei den Unterkäufern nicht erfüllt. Wir finden auch sonst nirgends einen Anhaltspunkt für eine zunftmäßige Organisation der Unterkäufer (2).

V. Die Rechtsstellung der Unterkäufer im Verhältnis zur städtischen Obrigkeit.

Überwiegend finden wir die Meinung vertreten, daß die Unterkäufer zu den städtischen Beamten zu zählen seien. Hierfür haben sich insbesondere Laband (3), Bücher (4) und ToebeImann (5) ausgesprochen.

Laband ist weitgehend von seiner These beeinflusst, daß sich die Unterkäufer aus Urkundspersonen entwickelt haben. Ihm scheint

-
- (1) von Gierke a. a. O. S. 359 f.
Bender S. 138
Kriegk, Bürgerzwiste S. 368
- (2) ToebeImanns Behauptung (s. 28), daß in Süddeutschland alle Unterkäufer zunftmäßig organisiert waren, trifft zumindest auf Frankfurt nicht zu.
Zunftmäßig organisiert waren die Makler in Brügge. In Straßburg gehörten die Unterkäufer der Zunft des betreffenden Handwerks an (Schmieder S. 242, Schmoller S. 430, Inama-Sternegg III 2 S. 55 Anm. 2).
Die Weinsticher bildeten in Straßburg dagegen eine Zunft für sich (Bender S. 44).
- (3) Laband S. 22. Seine Ansicht teilen ferner
Heymann S. 329; Schmieder S. 260; Perels S. 679.
- (4) Bücher, Beamtentum im Mittelalter S. 13
- (5) ToebeImann S. 11

es die logische Konsequenz zu sein, die Unterkäufer schon im Hinblick hierauf zu den Beamten zu zählen. Er sieht seine Auffassung bestätigt auf Grund der Ergebnisse seiner Untersuchungen hauptsächlich ost-deutscher Stadtrechte. In Danzig (1) scheint die Witwe eines Maklers eine Art Pension und ein Gnadenquartal bekommen zu haben, und in den Brünner Schöffensatzungen aus dem 13. und 14. Jahrhundert sollen die Unterkäufer mit den städtischen Beamten in eine Kategorie gesetzt und der Aufsicht zweier Schöffen unterstellt worden sein. Laband weist ferner darauf hin, daß die Unterkäufer bzw. Makler mancherorts, so etwa in Braunschweig, einen Maklerstab und ein besonderes Siegel führten, das sie als Beamte auswies. Ein besonders gewichtiges Argument für seine Auffassung sieht Laband darin, daß die Unterkäufer in den von ihm untersuchten Stadtrechten fast ausnahmslos ihrer Stadt gegenüber verpflichtet waren, alle festgestellten Verstöße gegen die städtische Ordnung anzuzeigen.

Aus den Untersuchungen Labands und den mitgeteilten Ergebnissen können wir für die Frage der Rechtsstellung der Unterkäufer in Frankfurt nichts gewinnen.

Hier hatten die Unterkäufer weder Amtsinsignien noch trugen sie städtische Kleidung. Seit dem Jahre 1406 hatten sie zwar ein besonderes Zeichen zu führen. Über die Beschaffenheit dieses Zeichens wissen wir nichts Näheres. In den Quellen findet sich nirgends ein Hinweis. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Art Abzeichen. Wie sich nämlich aus einer Ratsverordnung des Jahres 1406 ergibt, sollte es den Inhaber nach außen hin als vereidigten Unterkäufer kenntlich machen (2). Diesem Zweck war nur gedient, wenn es für alle sicht-

(1) Danziger Willkühren von 1597 Buch III Kap. 6 Art. 43

(2) Amtsurkunden Nr. 131 : "Der rat ist uberkommen und gebudet allermenlich, das nymants, er sy fremde oder heimsch, einchen underkauff oder desglichen zu Franckfort triben oder begynnen sulle, er sy dan vor von des rates frunden zugelassen und habe daruber globet und gesworn und auch eyn zeichen von ine enphangen, das man erkennen moge, das er eyn gesworn underkeuffer sy . . ."

Auch in anderen deutschen Städten scheint die Tätigkeit

bar getragen wurde. Vermutlich sollte den städtischen Organen damit die Kontrolle erleichtert werden, daß sich keine unbefugten Personen als Unterkäufer betätigten. Darüber hinaus kann angenommen werden, daß diese Vorschrift dazu dienen sollte, den Kaufleuten die Gewähr zu geben, es mit einem lizenzierten Unterkäufer zu tun zu haben.

Die Annahme von Bücher, daß das Zeichen die Unterkäufer als Träger eines städtischen Amtes kennzeichnen sollte, dürfte kaum zutreffen, denn sonst hätte man sicherlich eine ähnliche Vorschrift auch für diejenigen Personen erlassen, für die Dienstbriefe ausgestellt waren, die also ohne Zweifel zu den städtischen Beamten zählten. Das ist jedoch nicht geschehen.

Wie in den meisten deutschen Städten (1), so waren auch in Frankfurt die Unterkäufer verpflichtet, dem Rat alle verbotenen Handelsgeschäfte, von denen sie Kenntnis erlangten, zur Anzeige zu bringen.

Irgendwelche Rückschlüsse auf die Rechtsstellung der Unterkäufer kann man hieraus nicht ziehen. Diese Pflicht oblag auch anderen Personen, die zweifellos nicht zu den Beamten zu zählen sind. Nach der Ordnung der Zimmerleute von 1424 (2) waren die Handwerksmeister verpflichtet, dem Rat alle diejenigen anzuzeigen, die gegen die Ordnung verstießen.

der Unterkäufer als Amt bezeichnet worden zu sein.

Für Norddeutschland wird das Vorkommen von Frensdorff (S. 302) erwähnt. Amt hat dort die Bedeutung von Handwerk schlechthin.

In Trier ist von den Unterkäufern des "weber ampts" die Rede (Stadtarchiv Frankfurt a. M. Reichssachen Nachträge Nr. 2293 v. 8. 3. 1488). In Köln werden die "underkeuffer ampte van dem wullengewande" erwähnt (Quellen zur Geschichte des Kölner Handels und Verkehrs Bd. 2 S. 50)

- (1) Eberstadt S. 26; Frensdorff S. 302
vergl. Deutsches Rechtswörterbuch unter dem Stichwort
"Amt" Bd. 1 Sp. 544
- (2) Zunfturkunden II S. 230

Nach der Ordnung der Fischer von 1377 (1) mußten die Fischermeister auf dem Fischmarkt darauf sehen, daß keine verdorbene Ware verkauft wurde. Sie waren verpflichtet, alle Verstöße dem Rat anzuzeigen. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Darüber hinaus waren auch die Bürger angehalten, darauf zu sehen, daß kein verbotener Vorkauf mit Fischen getätigt wurde. Sie durften jedem Händler, der diesem Verbot zuwiderhandelte, die Ware eigenmächtig wegnehmen, ohne sich strafbar zu machen (2).

Die Anzeigepflicht braucht hiernach keine Amtspflicht gewesen sein, wie Laband annimmt.

Sie erklärt sich vielmehr aus dem besonders gearteten Verhältnis des Bürgers im Mittelalter zu seiner Stadt. Die Bürger waren mit ihrer Stadt viel enger verbunden als das etwa heute der Fall ist. Recht und Verfassung der mittelalterlichen deutschen Städte haben ihren Ursprung in der germanischen Genossenschaft (3).

Stadtrecht und Bürgerrecht standen in einer engen Wechselbeziehung zueinander. Trägerin des städtischen Rechts war die Genossenschaft aller Bürger. Die Pflichten der Bürger waren damals viel weitgehender als etwa heute. Der einzelne Bürger hatte nicht nur alles zu unterlassen, was der Stadt zum Schaden gereichen könnte, er hatte darüber hinaus die aktive Pflicht, jeden Schaden von der Stadt und den Mitbürgern abzuwenden. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die Anzeigepflicht der Unterkäufer betrachten.

Toebelman sieht in der Tatsache, daß die Unterkäufer einen Eid zu leisten hatten, ein Indiz dafür, daß sie ein städtisches Amt innehatten (4). Er übersieht dabei, daß der Eid durchaus nicht auf die Beam-

(1) Zunfturkunden I S. 189

(2) Amtsurkunden Nr. 160 : "Sehe abir yman, der ein burger were, das eyner fysche kouffte, der mag ine die fysche nemen und enfrebild nicht daran..."
(Vorschriften über den Fischhandel um 1350)

(3) v. Gierke I S. 310

(4) Toebelman S. 45

ten beschränkt war. Jeder Bürger mußte, bevor er in das Bürgerrecht aufgenommen wurde, den Bürgereid leisten (1). Alle, die ein Handwerk ausübten, mußten den Bürgereid sogar jedes Jahr von neuem leisten.

Auch sonst finden wir zahlreiche Beispiele für die Anwendung des Eides in allen Bezirken des Lebens. Jeder, der in Frankfurt Wein verkaufen wollte, mußte vorher schwören, daß der Wein rein und unverfälscht sei (2).

Die Fischhändler mußten auf Verlangen des Rats jederzeit unter Eid Auskunft über die Höhe der von ihnen getätigten Umsätze geben (3).

Toebelman sieht die Unterkäufer überall dort als Beamte an, wo sie in ihrer Tätigkeit obrigkeitlichen Beschränkungen unterlagen. Er hält es mit den Grundsätzen eines freien Gewerbes für unvereinbar, wenn die Unterkäufer nur für bestimmte Handelszweige zugelassen und auf die obrigkeitlich festgesetzten Unterkaufsgebühren angewiesen waren (4).

Er übersieht hierbei, daß Handel und Gewerbe im Mittelalter in den Städten nur in den ältesten Zeiten wirklich frei waren (5).

-
- (1) vergl. Gesetzbuch 3 fol. 10 (Bürgereid)
 - (2) Ugb B 85 F II (Kistenbuch) : "Du salt uff den heiligen swe-
ren, das du oder nymant von dynen wegen der wyn anders
gemacht habit, und auch nit enwißes, das er vor, ee er
dir worden ist, anders gemacht sy dan in unser herregot
an den reben hat lassen waßen ane alle geverde."
 - (3) Amtsurkunden Nr. 164 (Ratsbeschlüsse über die Gefälle bei
Salzfischen, 1496)
 - (4) Diese Beschränkungen scheinen auch in den anderen süd-
deutschen Städten für die Unterkäufer bestanden zu haben.
 - (5) Inama-Sternegg III 2 S. 236

Als sich die Städte aber mehr und mehr zu in sich abgeschlossenen Wirtschaftskörpern entwickelten, wurde der freie Verkauf in zunehmendem Maße eingeschränkt. Es setzte sich der Gedanke durch, daß Handel und Gewerbe nur in der örtlichen Gemeinschaft und der von der Stadt gesetzten rechtlichen Ordnung gedeihen könne (1). Der Handel erschien als eine öffentliche Angelegenheit und die Pflege des Handels als eine Aufgabe der städtischen Verwaltung. So regelten denn auch die städtischen Marktordnungen oft den Gütertausch bis ins einzelne. Im Spätmittelalter wurde den Fremden der Handel in der Stadt weitgehend erschwert. Der Verkauf vollzog sich in vorgezeichneten Bahnen. Die einheimischen Gewerbetreibenden durften nur noch an bestimmten Orten verkaufen. In Frankfurt wurde ihnen beispielsweise untersagt, die Handwerksprodukte mehrerer Handwerkszweige feilzuhalten (2).

Schuhe durften nur von den Schuhmachern verkauft werden. Auch der Einkauf der städtischen Kleinhändler und der Rohstoffeinkauf der städtischen Handwerksmeister unterlag Beschränkungen (3). Jeder Meister mußte seine Einkaufsquelle den anderen Meistern mitteilen, damit sich diese gegebenenfalls genau so billig mit Rohstoffen eindecken konnten (4). Darüber hinaus griffen die Städte mit Maßnahmen unmittelbar in die Produktion ein. Den Meistern des Leinenhandwerks verbot der Rat beispielsweise im Jahre 1421, mehr als vier Webstühle zu haben. Nur an dreien durften sie arbeiten (5). Die Menge des Tuches, das die Weber weben durften, war genau festgelegt. Nur in der Zeit vom 1. August bis 22. Februar durften sie unbeschränkt weben (6).

(1) W. J. a. a. O. S. 234

(2) Zunfturkunden I S. 49 Art. 21; S. 259 Art. 14; S. 472 Art. 47

(3) Mit den Kleinhändlern sind die Hocken gemeint, die hauptsächlich mit Agrarprodukten handelten und denen der Vorkauf streng untersagt war.

(4) Zunfturkunden I S. 49 Art. 22; 186 Art. 18; S. 96 Art. 25 und 26; II S. 32 Art. 20

(5) Zunfturkunden I S. 293 Art. 21 (Leinenhandwerkerordnung v. 1. 8. 1421)

(6) Zunfturkunden I S. 294 Art. 23 (Ordnung der Leinenhandwerker a. a. O.)

Seit dem Jahre 1377 schrieb der Rat den Handwerksmeistern auch vor, wieviel Gesinde sie halten durften. Er verbot, daß sich mehrere Handwerksmeister zum Zwecke der Führung eines gemeinsamen Gewerbebetriebes zusammenschlossen (1). Damit sollte die dauernde Kleinhaltung der Gewerbebetriebe erreicht werden. Der Aufstieg einzelner Meister sollte verhindert werden. Auch die Arbeits- und Produktionsgebiete zwischen den einzelnen Handwerken wurden abgegrenzt, um ein Übergreifen auf das Produktionsgebiet eines anderen Handwerks auszuschließen (2).

Aus allen diesen Beispielen ersehen wir, daß es ein eigentlich freies Gewerbe, wie es ToebeImann vor Augen hat, gar nicht gegeben hat.

Die Unterkäufer wurden bei ihrer Tätigkeit auch nicht mehr eingeschränkt als dies beim Gewerbe überhaupt der Fall war. Auch die Tatsache, daß sie auf die obrigkeitlich festgesetzten Unterkaufsgebühren angewiesen waren, unterscheidet sie nicht von anderen Gewerbetreibenden. Die Festsetzung der Unterkaufsgebühren ist als Teil der obrigkeitlichen Preisgestaltung anzusehen, die uns im Mittelalter allenthalben begegnet. Diese obrigkeitliche Preisgestaltung gehört zu den ältesten Kompetenzen der Städte. Wir finden sie bereits im 11. und 12. Jahrhundert (3). Man überließ die Preisreglung nicht dem einzelnen, denn das ließ sich nicht mit dem Gedanken einer möglichst gleichen Wohlfahrt für alle Bürger vereinbaren.

Ein weiteres Kriterium für die Beamteneigenschaft der Unterkäufer sieht ToebeImann darin, daß der Unterkauf an manchen Orten mit der Warenschau verbunden war(4). Wir begegnen einer solchen Verbindung verschiedentlich in süddeutschen Städten, auch in Frankfurt, wie bereits dargelegt wurde. ToebeImann hat die Schlettstadter "under-

(1) Zunfturkunden I S. 80 der Einleitung

(2) Zunfturkunden I S. 281 Art. 28; S. 525 Art. 64 u. 65; S. 537 Art. 56

(3) Kelter S. 11

(4) ToebeImann S. 11.

In München scheint die Warenschau vom Unterkauf streng getrennt gewesen zu sein (Koller S. 73).

koiffer der Swin" im Auge, die zugleich amtliche Fleischbeschauer gewesen sein sollen. Toebelmann geht ohne nähere Prüfung davon aus, daß es sich bei den Warenbeschauern stets um städtische Beamte gehandelt habe. Eine Verbindung beider Tätigkeiten hält er im Hinblick hierauf nur für denkbar, wenn auch die Unterkäufer Beamte gewesen seien.

Diese Beweisführung versagt zumindest in Frankfurt, denn hier oblag die Warenschau seit alters her dem Gewerbe und den Zünften (1).

Das änderte sich auch nicht im Jahre 1377, als der Rat den Zünften neue Zunftordnungen gab.

Die Warenschauer wurden meist aus der Reihe der Handwerksmeister gewählt, und zwar ohne Beteiligung städtischer Organe. Lediglich die Warenschau bei Salzfischen oblag nicht dem Gewerbe. Die Fischer, deren Zuständigkeit gegeben wäre, haben lediglich die Warenschau für Frischfische ausgeübt. Wenn der Rat die Warenschau den Unterkäufern übertrug, so hatte das rein praktische Erwägungen. Aus den Ordnungen über den Handel mit Salzfischen muß man schließen, daß die Fischer sich mit dem Absatz von Salzfischen nicht abgaben. Es hätte also eine Umständlichkeit bedeutet, wenn man sie für die Warenschau herangezogen hätte. Die Unterkäufer, die ohnehin die Käufe vermittelten, konnten die Warenschau viel leichter mitbesorgen.

Es sprechen in Frankfurt einige gewichtige Gründe gegen die Annahme, daß die Unterkäufer städtische Beamten waren.

Die Entscheidung, ob jemand zu den städtischen Beamten zu zählen ist, wird uns in Frankfurt dadurch erleichtert, daß die Stadt mit ihren Beamten besondere Dienstverträge schloß. Hierüber wurde eine besondere Urkunde ausgestellt, die man als Dienstbrief bezeichnete. Alle gegenseitigen Rechte und Pflichten wurden in den Dienstbrief aufgenommen. Fast alle Dienstbriefe begannen gleich. Der betreffende Beamte be-

(1) Fromm S. 8; S. 14;
Zunfturkunden I S. 343 (Lohgerber); S. 195 (Fischer) S. 43
(Bäcker); vergl. auch Dietz, Handelsgeschichte I S. 367

stätigte, daß er in den Dienst der Stadt getreten sei (1).

Der Inhalt des Dienstbriefes mußte von dem Beamten beschworen werden, selbst wenn für die von ihm auszuübende spezielle Tätigkeit ein weiterer Eid vorgesehen war, wie etwa beim Stadtarzt. Dieser hatte nicht nur den Inhalt des Dienstbriefes zu beschwören, sondern er hatte des weiteren einen allgemeinen Eid zu leisten, der sich inhaltlich aber nicht wesentlich unterschied (2). Man kann den Eid, der in Zusammenhang mit dem Dienstbrief zu leisten war, als Amtseid bezeichnen im Gegensatz zu dem allgemeinen Eid, den jeder zu leisten hatte, der diese bestimmte Tätigkeit ausüben wollte.

Das Stadtarchiv bewahrt zahlreiche Dienstbriefe auf. Sie sind uns alle erhalten geblieben. Nach Dienstbriefen für die Unterkäufer wird man vergeblich suchen. Es findet sich in den Quellen auch sonst nirgends ein Hinweis, daß den Unterkäufern jemals Dienstbriefe ausgestellt worden wären.

Man kann hieraus schließen, daß die Unterkäufer gerade nicht als städtische Beamte angesehen wurden. Dieser Schluß ist um so mehr gerechtfertigt, als die Unterkäufer auch keine städtische Kleidung trugen. Alle Beamte mußten sich mindestens einmal jährlich neu kleiden (3). Hierfür erhielten sie von der Stadt einmal jährlich neues Tuch. In den Dienstbriefen ist diese Verpflichtung der Stadt verankert (4).

(1) vergl. als Beispiel für viele den Dienstbrief des Stadtarztes aus dem Jahre 1381 :

"Ich meister Hans der Wolff eyn wondarczd irkennen mich offentlichin mit diesem brieffe, daß ich diener bin worden der erbern wisin lude der burgermeister, scheffin und Rades der stad zu Franckenfurd..." (Kriegk, Bürgertum S. 53)

(2) vergl. Amtsurkunden Nr. 67 (Eid und Dienstanweisung des städtischen Wundarztes um 1430)

(3) Bücher, Beamtentum S. 18; Orth, Reichsmessen S. 143; Bothe, Geschichte S. 104

(4) Dienstbrief des Stadtarztes Hans der Wolff a. a. O. :

"Und sollen myne herren mir darumb jerlichs gebin czwenzig gulden und sehes elen duches mit den richtern, die wile ich ir dyener bin und nit lenger."

Schließlich unterschieden sich die Unterkäufer noch in anderer Hinsicht von den Beamten. Den Beamten war grundsätzlich verwehrt, das Dienstverhältnis von sich aus zu kündigen (1). Sie waren der Stadt verpflichtet, bis diese sie entließ. Den Unterkäufern scheint es aber frei gestanden zu haben, jederzeit, auch vor Ablauf der Pachtzeit, zu kündigen. So kündigte in Frankfurt ein Unterkäufer am Hockenwerk im Jahre 1441 bereits nach einem halben Jahr, obwohl die Mindestpachtzeit von einem Jahr noch nicht abgelaufen war (2). Abgesehen hiervon ist es unwahrscheinlich, daß der Rat den Webern gestattet hätte, aus ihren Reihen Unterkäufer zu ernennen, wenn er die Unterkäufer als Beamte angesehen hätte. Nach allem kann man die Unterkäufer in Frankfurt nicht zu den Beamten zählen.

VI. Rechte der Unterkäufer

1) Maklerzwang

Dietz nimmt an, daß in Frankfurt alle Handelsgeschäfte nur im Beisein und unter Mitwirkung von vereidigten Unterkäufern abgeschlossen werden durften (3). Dies findet in den Quellen keine Stütze. Dietz beruft sich auch nicht auf Quellen, sondern er begründet seine Auffassung lediglich mit dem Hinweis, daß die damaligen unentwick-

(1) Bücher, Beamtentum S. 19

(2) Ugb B 53 Dd fol. 38 : "Einer hat yn (Unterkauf) uffgesagt zu halben jar."

(3) Dietz, Handelsgeschichte I S. 378

Auch Troe S. 343 vertritt - wohl im Anschluß an Dietz - diese Auffassung. In den anderen deutschen Städten scheint es einen Maklerzwang nicht gegeben zu haben (Frensdorff S. 273; Heymann S. 329).

Für einige Warengattungen bestand Maklerzwang in Konstanz, Ulm und Köln (Toebelmann S. 34)

kelten Verkehrsverhältnisse einen Maklerzwang gefordert hätten.

Es bestand lediglich bei wenigen Warengattungen Maklerzwang, so beim Handel mit Salz- und Dörrfischen (1), Hockenwerk (2) und Heu (3).

Im 16. Jahrhundert scheint auch für den Pferdehandel der Maklerzwang eingeführt worden zu sein (4).

In bestimmtem Umfang war auch der Weinhandel an die Vermittlung durch die Weinsticher gebunden. Seit dem Jahre 1381 galt die folgende Regelung :

"Auch wil der rat, daz kein burger ader keiner der nit burger enist, wine kauffe ader verkeuffe uffdem Meyne ader in kameran ader uff dem Samestagisberge ader uff Unser Frauwen berge ane winsticher." (5)

Bei den hier erwähnten Weinkammern handelt es sich nicht etwa um Weinkeller, sondern um eine Art Weinschuppen. Den fremden

-
- (1) Bürgermeister buch von 1483 fol. 33 : "Item die stockfische verkauffen, sollen keyn stücke offeriren die underkeuffer sin darby und geben davon was sich gepurt."
Für Salzfische vergl. Eidbuch Nr. 1a fol. 16 (1450)
 - (2) Amtsurkunden Nr. 145 : "Auch ensal keyn hocke oder kaufman keynen kauff tun, der vorg. underkeuffer ... ensin dan dabij." (1377)
 - (3) Amtsurkunden Nr. 143 : "Wer auch hauwe zu keuffin oder zu virkeuffin haid, der sal die zwene underkeuffere oder ir eynen darbij nemen." (1380)
 - (4) Concepta Editorum Band 26 Nr. 23.
Die Ausführungen von Dietz (Geschichte des Pferdemarktes S. 93), wonach alle Pferdekäufe nur im Beisein und unter Mitwirkung der Unterkäufer getätigt werden durften, erwecken den Eindruck, als sei das immer so gewesen. Für das 14. und 15. Jahrhundert finden sich für einen Maklerzwang keine Anhaltspunkte.
 - (5) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 9

Weinhändlern war strengstens untersagt, ihre Weine in den Kellern der Bürger zu lagern (1). Sie durften nur diese Weinschuppen benutzen, die auch nicht für eine dauernde Lagerung geeignet waren. Damit wollte man wahrscheinlich erreichen, daß die Händler die Weine nicht unbeschränkte Zeit unverkauft liegen lassen konnten, um vielleicht besonders günstige Verkaufsmöglichkeiten abzuwarten. Es sollte also der Spekulation Einhalt geboten werden.

Für die Anlegung der Weinkammern, die Baugestaltung und das Aussehen bestanden genaue Vorschriften.

Im Gegensatz zu den Weinkellern durften sie nicht tiefer als drei Fuß unter der Erde liegen. Sie durften nicht wie ein Keller gebaut und geformt sein (2). Zahlreiche Weinkammern lagen am Mainufer in der Nähe des Weinmarktes.

Weil die Vorschrift die Weinkeller nicht erwähnt, ist zu folgern, daß die dort getätigten Weingeschäfte ohne Vermittlung durch Weinsticher abgeschlossen werden durften. Das bedeutete eine Begünstigung der Bürger, die ihre Weinverkäufe in der Regel in ihren Weinkellern getätigt haben dürften (3). Die Einführung des Maklerzwanges beim Weinhandel zielte also hauptsächlich auf eine Kontrolle

-
- (1) a. a. O. Ziff. 2 : ;Auch wil der rad, daz kein burger keyme, der nit burger enist, keyne wine in sinen keller legin laße. Welich burger ez darubir tede, der ist zu stunt mit 10 marken zu pene virfallen und darnach alle acht dage, alse lange die wine in dem keller ligin, alse dicke dez not geschiecht."
- (2) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 3 :
"Auch ensal keyn burger keyne winekammer differ machen dan dri fuße under der straße, die davore hin get ane alle geverde, und sal auch gebuet und geformet sind alse eyn kammer und nicht alse eyn keller."
- (3) Das ist daraus zu schließen, daß die Weinsticher verpflichtet waren, die fremden Weinhändler in die Weinkeller der Bürger zu führen um ihnen dort beim Einkauf behilflich zu sein (vergl. Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 11c)

der fremden Weinhändler ab.

2) Recht auf ausschließliche Vermittlung

Die zugelassenen und vereidigten Unterkäufer hatten das alleinige Recht auf Vermittlung. Wer sich unbefugt mit Maklergeschäften abgab, wurde unnachsichtig bestraft (1).

3) Anspruch auf Vermittlungsprovision

Die Unterkäufer hatten für ihre Vermittlung auch ohne ausdrückliche Abrede Anspruch auf Provision (Unterkaufsgeld), und zwar in der Regel von jeder Partei zur Hälfte.

Eine Ausnahme bestand beim Pferdehandel. Hier zahlte die Provision nur der Verkäufer. Das dürfte sich als eine geschickte Maßnahme der Stadtbehörden erwiesen haben und ein Grund dafür sein, daß der Frankfurter Pferdemarkt über drei Jahrhunderte lang an bedeutender Stelle stand. Die Käufer werden stets dort ihren Bedarf zu decken versucht haben, wo sie möglichst geringe Abgaben zu zahlen hatten. Die Verkäufer trieben die Pferde wiederum dort auf, wo sie die meisten Käufer erwarten durften. Das war eben Frankfurt. Man wird annehmen dürfen, daß die Stadt mit der Begünstigung der Käufer gleichzeitig auch die Pferdehaltung durch die Bürger fördern wollte, um in Kriegsfall stets genügend Pferde zur Verfügung zu haben.

(1) Bürgermeisterbuch von 1461 fol. 65 : "... die nit underkeuffer sin sollen auch nit underkauff triben oder sie in das slosse legen."

Von dieser Strafandrohung wurde auch Gebrauch gemacht, wie folgendes Beispiel zeigt :

"Item die zwene Rostuscher die underkauff getrieben han lenger ligen lasßen."

(Bürgermeisterbuch von 1477 fol. 30 R)

Beim sonstigen Viehkauf (Rinder, Schweine usw.) bestand ebenfalls eine Abweichung von der Regel, daß die Provision von beiden Parteien zu entrichten war. Allerdings wurden hier die Bürger nur begünstigt, wenn sie kauften, nicht dagegen, wenn sie verkauften :

"Und in allen diesen sachen, inwendig und außwendig den messen, das geben die ußlude, die da keuffen, auch als vil als der virkeuffer als vorgeschriben steet, und weren die keuffer hie burgere, so geben sie des nit." (1)

Zweifellos dürfte diese Regelung darauf abgezielt haben, den Fleischkonsum in der Stadt zu steigern und für Notzeiten ausreichende Reserven anzulegen.

Die gleiche Vergünstigung wie beim Viehkauf hatten die Bürger beim Heukauf. Weil Heu hauptsächlich als Pferdefutter Verwendung fand, stellt sich diese Vergünstigung als Korrelat zum Pferdekauf dar.

Die Parteien waren zur Entrichtung der Provision verpflichtet, wenn die Unterkäufer das Geschäft vermittelt hatten.

Der Anspruch auf Provision bestand auch dann, wenn der betreffende Unterkäufer die Parteien zusammengebracht hatte, diese dann aber das Geschäft ohne Unterkäufer abschlossen, um die Provision zu sparen.

"Item wo die underkeuffer vor umb geredt han und ob dieselb ware dorumb sie vor geredt haben dornach an ir bywissen verkaufft wurde glichwol sulde derjene sinen underkauff geben." (2)

Die Provision war also eine reine Nachweisprovision.

Sie entstand auch bei Tauschgeschäften, die die Unterkäufer vermittelten. Nach einer Regelung in der Wollenweberordnung von 1377

(1) Amtsurkunden Nr. 140 (um 1480)

(2) Bürgermeisterbuch von 1437 fol. 40

sollte die Höhe der Provision bei Tauschgeschäften jedoch dem freien Übereinkommen durch die Parteien vorbehalten bleiben

"Auch ist gemacht, wo eyn undirkeuffer eyne eyne stichunge machit, es sij von pferdin adir andere gewar, die man an gewande gebit, der mag yme gebin daz zijtlichen und bescheidinlichin ist, und mogen sich gutlichin darumb miteynandir vireynigen." (1)

Das scheint aber nicht überall und auch nicht immer so gewesen zu sein. Bei einem Tauschhandel mit Wein und Fischen sollte nach einem Ratsschluß aus dem Jahre 1493 der volle Unterkauf gezahlt werden (2).

Über den Tauschhandel finden wir sonst keine urkundlichen Belege, die von irgendwelchem Aussagewert sind. Es ist anzunehmen, daß die Höhe der Provision sonst nicht anders war als bei Kaufgeschäften. Hierauf muß man schon deshalb schließen, weil abweichende Sätze den Erlass eigener Taxrollen für den Tauschhandel erfordert hätten. Der Tauschhandel machte damals einen beträchtlichen Teil des Handelsvolumens aus.

Besonders umfangreich war in Frankfurt der Tauschhandel mit Pferden, Karren und Schiffen. Die Kaufleute vom oberen Rhein, Main und Neckar kamen meist mit dem Schiff nach Frankfurt und traten die Heimreise dann mit Pferd und Wagen an. Die Kaufleute aus Köln, Aachen kamen dagegen mit Pferd und Wagen und benutzten zur Heimreise Schiffe (3). In Frankfurt tauschten sie beides.

Von allen Geschäften, die in der Stadtwaage getätigt wurden, hatten nur die Waagemeister Unterkaufsgeld zu beanspruchen, selbst dann, wenn der Abschluß durch die Unterkäufer vermittelt wor-

(1) Zunfturkunden II S. 192 Nr. 64

(2) Bürgermeisterbuch von 1493 fol. 107 R : "Item als ein stich mit wyn und fische hie gemacht ist, sal mit dem underkauff lute des gesetz."

(3) Dietz, Geschichte des Pferdemarktes S. 68

den war (1).

Der Provisionsanspruch wurde in bar entrichtet. Beim Fischhandel wurden zusätzlich noch Naturalleistungen, sogenannte "zalefische" gegeben. Auch beim Verkauf von Hockenwerk waren neben der bar zu entrichtenden Provision Naturalleistungen üblich.

Die einzelnen Taxrollen geben über die Höhe der Naturalleistungen genau Auskunft (2).

Zwischen den Unterkäufern scheint es häufig zu Streit gekommen zu sein, wem im Einzelfalle die Provision gebührte. Der Rat hatte die Unterkäufer zwar angewiesen, sich nicht einzumischen, wenn ein Unterkäufer mit den Parteien verhandelte. Ein anderer Unterkäufer durfte seine Tätigkeit erst anbieten, wenn das Geschäft nicht zustande gekommen war.

Das war jedoch keine geeignete Maßnahme, um Streitfälle auszu-schließen. Die Provision war, wie bereits dargelegt, eine Nachweis-provision. Derjenige Unterkäufer, der mit der Partei zuerst verhan-delt und sie zusammengebracht hatte, konnte die Provision beanspru-

(1) vergl. Amtsurkunden Nr. 202.

Die Waagemeister scheinen gegen die Unterkäufer einen Herausgabeanspruch gehabt zu haben hinsichtlich der Provision, die durch Geschäfte innerhalb der Stadtwaaage verdient worden war. Hierauf deutet der folgende Ratsschluß hin :
Bürgermeisterbuch von 1482 fol. 10 R : "Item dem underkeuffer sagen, das fleisch das er den luden verkaufft da sal er das gelt nit nemen sulle sondern dem wagenmeister werden lasß."

(2) Amtsurkunden Nr. 164 : "... so sal igliche parthij synen underkauff und zalefische zu geben schuldig und pflichtig sin ..."
Eidbuch Nr. 1 a (Taxrolle über die Gebühren beim Fischhandel) fol. 12 : "Nota der kauffman der die fische verkeufft gibt von igliche hondert eyen fische zu underkauff."
Amtsurkunden Nr. 147; betr. Hockenwerk.

chen, selbst wenn die weitere Vermittlung von einem anderen Unterkäufer übernommen worden war.

Beim Pferdehandel scheint es besonders viele Streitfälle zwischen den Unterkäufern gegeben zu haben, wie man aus nachfolgender Verordnung schließen kann

"Item nachdem sich bißhero viel und große unordnung under den underkeuffern des underkauffs halber begeben und zugetragen haben, und damit nun hinfurter soll unordnung zanck und anlass vermitten bleib, so wil ayn erbarer rat diser stat Franckenfurt, daz fürthin der underkauff dem-jhenen, so den kauff beschlossen und (1) den gotspfenig darüber empfangen hat, zusteen und gepüren soll." (2)

Weil es sich bei der Provision um eine Nachweisprovision handelte, hatten die Unterkäufer keinen Anspruch auf Provision, wenn sie weder die Parteien zusammengebracht noch sonst etwas zum Abschluß des Geschäfts beigetragen hatten.

Doch gab es Ausnahmen für den Handel mit weißem Leder seit 1425 (3). Die Unterkäufer erhielten die volle Provision auch dann, wenn sie die Ware nur "feile getragen", das heißt für den Verkäufer zum Verkauf angeboten aber nicht verkauft hatten. Die Provision war hier Entgelt für aufgewandte Zeit und Mühe. Eine weitere Ausnahme galt beim Handel mit Salz- und Dörrfischen (4),

(1) In der Urkunde heißt es "wird"

(2) Eidbuch Nr. 1a fol. 39 R (Verordnung über den Unterkauf an Pferden v. 25. 8. 1536).

Im Mittelalter drückte sich die Einigkeit der Parteien über Ware und Preis im Geben und Nehmen des Gottespfennigs aus (denarius dei), vergl. hierzu Hübner, S. 480; Frensdorff S. 282. Im Zusammenhang mit den Unterkäufern wird der Gottespfennig in Frankfurt sonst nicht erwähnt.

(3) Amtsurkunden Nr. 151

(4) Amtsurkunden Nr. 163 (1450); vergl. auch Fischbeseherrolle Ugb B 86 Nr. 26 fol. 6 R

Heu (1) sowie beim Handel mit Edelmetallen (2). Hier hatten die Unterkäufer sogar Anspruch auf Provision, wenn sie die Parteien weder zusammengebracht noch sonst Mühe oder Zeit aufgewandt hatten. Sie erhielten für jedes getätigte Geschäft die volle Provision. Ähnlich war es auch bei den Unterkäufern an Pferden. Statt der vollen erhielten sie aber nur die halbe Provision. Hiervon wiederum mußten sie die Hälfte an die Stadtkasse abführen (3). In diesen Fällen wird es recht schwierig gewesen sein, den Provisionsanspruch zu realisieren, weil die Unterkäufer von den meisten Geschäften keine Kenntnis gehabt haben werden. Den Unterkäufern an Salzfishen war die Realisierung des Anspruchs insofern erleichtert, als alle in der Stadt tätigen Fischhändler von Zeit zu Zeit "uf der Stede Rentkisten" bestellt wurden, wo sie ihre Umsätze genau anzugeben hatten. Jeder Fischhändler mußte vor den Rechenmeistern "in by wesen der underkeuffere ansagen und berechten, wes und wie viel er samenthafft mit gantzen stucken oder eintzeling mit dem gulden wert verkaufft und uszgezepfft habe uf das dem Rate zolle, underkauf, und wes sich davon zu geben geburte, gefallen und uszgerichtet werden moge." (4)

Eine besondere Regelung bestand beim Weinhandel. Die Parteien, die

-
- (1) Amtsurkunden Nr. 143 : "Wer auch hauwe zu keuffin oder zu virkeuffin haid, der sal die zwene underkeuffere ... darbij nemen. Wer des nit entede, der solde doch sinen underkeuff davone gebin, also vorgeschriben sted, glicherwijs also obbe sie dabij weren gewest."
 - (2) Ugb B 53 Dd fol. 4 R (1431); vergl. auch die gleiche Regelung aus späterer Zeit in Amtsurkunden Nr. 148 (1460).
 - (3) Bürgermeisterbuch von 1476 fol. 13 R
 "Item von dem underkauff an den pherden, wo die underkeuffer by sin oder antzeige geben, sal der underkauff als bisher gantz gefallen auch wo sie mit gewerden verwysset werden; wo aber die underkeuffer nit by sin, sal man halben underkauff geben und der halbe underkauff sal halb den underkeuffern und halb dem Rade gefallen."
 - (4) Bothe, Beiträge S. 138 (1496)

berechtigt oder unberechtigt ohne Weinsticher abschlossen, brauchten zwar nichts an die Weinsticher zu zahlen, sie mußten jedoch der Stadt den auf sie entfallenden Anteil entrichten. Das war ein Drittel der vollen Provision, denn die Weinsticher hatten ein Drittel an die Stadt abzuführen.

"Wo aber keuffer und verkeuffer allein zusammen kommen umb soliche wine in kellern und ire keuffe genzlich ane winestichere machen, da bedarff man den winestichern nictes geben; aber dem rade sal sin teile davon werden und gefallen." (1)

Einem Ratsschluß aus dem Jahre 1481 zufolge mußten die Wirte, die für fremde Meßbesucher übriggebliebene Restposten von Waren verkauften, von jedem Verkauf an die Stadt Unterkaufsgeld zahlen (2). Im Gegensatz zu der Regelung für Wein ist über die Höhe nichts gesagt. Es ist aber anzunehmen, daß hier ebenfalls nur der auf die Stadt entfallende Anteil zu entrichten war. Die Unterkäufer erhielten nichts.

Anfang des 16. Jahrhunderts verlangte der Rat sogar Unterkaufsgeld für Salzische, die in Frankfurt lediglich umgeladen wurden (3).

Ein weiterer Fall, in dem Unterkaufsgeld zu zahlen war, obwohl die Unterkäufer zum Abschluß des Geschäfts nichts beigetragen hatten, wird uns in einem Briefwechsel zwischen Mainz und Frankfurt aus dem Jahre 1425 mitgeteilt (4). Der Rat der Stadt Mainz

(1) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff 11 q

(2) Bürgermeisterbuch von 1481 fol. 31 R: "Item den wirtten sagen von dem gud in im hußen zuschen den messen verkaufft werde dem rade den underkaufft zu geben."

(3) Ugb B 86 Nr. 26 fol. 6 (Fischbeseherrolle)
"Ob dan Jmand Fischwerck herbrechte und unbesehen furter hinweg furen oder schicken wölt, das möcht er thun, doch wan er es hie niddergelegt und widder ufgeladen wurd, soll man davon underkaufft nemen."

(4) Amtsurkunden Nr. 137

beschwerte sich darüber, daß einem ihrer Bürger in Frankfurt beim Einkauf von Eisen Unterkaufsgeld abverlangt worden war, obwohl die Unterkäufer diesen Kauf weder vermittelt noch sonst etwas zum Abschluß beigetragen hätten. Der Frankfurter Rat gab die Beschwerde den Unterkäufern am Eisen zur Stellungnahme. Als eigene Antwort schickte der Rat die Stellungnahme nach Mainz weiter."

"Und sie han uns darzu geantwort, daz bißher gehalten sij : wilcherley isens bij uns virkauft oder geliebert werde, daz man den underkauff davon auch bij uns geben musse; waz isens aber bij uns nit virkauft oder geliebert werde, davon heischen sie keinen underkauff."

Die Antwort ist sehr allgemein gehalten. Man kann aus ihr aber schließen, daß das Unterkaufsgeld von allen in der Stadt getätigten Geschäften gefordert wurde, auch wenn die Parteien das Geschäft ohne Unterkäufer abgeschlossen hatten.

In allen diesen Fällen handelt es sich sicherlich nicht um die Folge eines Maklerzwanges und um eine Art Bestrafung der ungehorsamen Parteien, wie Toebelmann annimmt (1). Dann hätte eine ähnliche Regelung auch für den Handel mit Hockenwerk gelten müssen, für den ein allgemeiner Maklerzwang bestand. Hier hatten die Unterkäufer aber gerade keinen Anspruch auf Unterkaufsgeld, falls sie den Kauf nicht vermittelt und auch sonst zum Abschluß des Geschäfts nichts beigetragen hatten.

Andererseits ließe sich die Regelung beim Handel mit Edelmetallen nicht erklären. Obwohl dort kein Maklerzwang bestand, hatten die Unterkäufer doch Anspruch auf Provision, und zwar auch dann, wenn die Parteien ihre Geschäfte ohne ihre Unterstützung getätigt hatten.

Das Unterkaufsgeld hat in den genannten Fällen die Bedeutung einer

(1) Toebelmann S. 37. Auf welche Stadtrechte er sich stützt, läßt sich nicht erkennen. Vermutlich bestand eine ähnliche Regelung auch in anderen süddeutschen Städten.

zollartigen Abgabe. Es handelt sich dabei allerdings um gewisse Ausnahmeerscheinungen, denn in allen anderen Fällen hat das Unterkaufsgeld die Bedeutung als reine Nachweisprovision behalten und später auch niemals verloren.

Die Auffassung von Dietz (1), daß sich der Rechtscharakter des Unterkaufsgeldes im Laufe der Zeit gewandelt und das Unterkaufsgeld überhaupt mehr und mehr die Bedeutung eines Zolles erlangt habe, ist nicht ganz überzeugend.

Die Frage des Rechtscharakters des Unterkaufsgeldes spielte in einen Streit hinein, der zwischen Frankfurt und den Städten Augsburg und Nürnberg zu Anfang des 16. Jahrhunderts entbrannte (2). Letztere verlangten, daß ihre Bürger in Frankfurt von der Entrichtung des Unterkaufsgeldes zu befreien seien. Sie beriefen sich auf die Zollfreiheit, die ihnen seit alters her in Frankfurt gewährt war. Sie warfen Frankfurt vor, daß es sich bei dem Unterkaufsgeld eigentlich um einen Zoll handle. Die Beschwerden lassen nicht erkennen, ob das für alle oder nur für die Fälle gelten soll, in denen das Unterkaufsgeld tatsächlich den Rechtscharakter einer zollartigen Abgabe gehabt hat.

Der Frankfurter Rat wies die Beschwerden mit der Begründung zurück, daß die Zollfreiheit nicht von der Pflicht zur Entrichtung des Unterkaufsgeldes befreie. Die beiden Städte scheinen sich damit nicht

(1) Dietz, Handelsgeschichte I S. 378. Er gibt weder eine Begründung für seine Behauptung noch kann er sich auf Quellen stützen. Unzutreffend ist auch seine Behauptung, die Ausdrücke Zoll und Unterkaufsgeld seien in Frankfurt oft ohne Unterschied gebraucht worden. Die Literaturstelle bei Orth, Messen S. 213, auf die er sich stützt, sagt hierüber nichts. Orth weist an der angegebenen Stelle lediglich darauf hin, daß die Zollfreiheit nicht von der Entrichtung des Unterkaufsgeldes befreit habe.

(2) Augsburgs Beschwerde, Schriftwechsel 1529-1539 (Messe o. B. 19).
Nürnberg's Beschwerde, Schriftwechsel 1531-1535 (Messe o. B. 22)

zufrieden gegeben zu haben. Die Antwort war auch in der Tat nicht geeignet, den Streit beizulegen. Aus einem uns überlieferten Schriftwechsel aus der Mitte des 16. Jahrhunderts (1) ersieht man, daß eine Einigung nicht erzielt worden war. Der Frankfurter Rat hatte nach wie vor auf der Entrichtung des Unterkaufsgeldes von den Bürgern dieser beiden Städte bestanden.

VII. Pflichten der Unterkäufer

1) Allgemeine Pflichten

Die Unterkäufer waren nicht verpflichtet, tätig zu werden. Wurden sie es aber, so hatten sie strenge Unparteilichkeit zu wahren. Sie durften nicht einseitig die Interessen einer Partei wahrnehmen. Ihre oberste Pflicht war "glich und recht mit keuffern und verkeuffern umbzugeen, dem gaste als dem heimschen." (2)

In dieser objektiven Mittlerstellung finden wir die Unterkäufer in allen Frankfurter Unterkäuferordnungen seit Beginn des 15. Jahrhunderts.

Die einseitige Ausrichtung auf die Interessen der Bürger, wie sie noch in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts festzustellen war, ist verschwunden.

Naturgemäß sind die Interessen des Käufers und des Verkäufers entgegengesetzt. Der Verkäufer will für seine Waren einen möglichst hohen Preis erzielen, der Käufer aber will möglichst billig einkaufen. Der Unterkäufer hatte hier einen Interessenausgleich herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sollte er auch den Wert der Ware objektiv feststellen

(1) Messe o. B. 22, 30

(2) Amtsurkunden Nr. 132 (Allgemeiner Unterkäufereid)

und den Parteien mitteilen. Es handelte sich dabei um eine unverbindliche Wertfestsetzung. Die Bedeutung der Schätzung darf man nicht verkennen. Dem Verkäufer dürfte es kaum gelungen sein, vom Käufer einen über den Schätzwert hinausgehenden Kaufpreis zu erzielen, selbst wenn die Ware in Wirklichkeit mehr wert war. Umgekehrt konnte der Käufer nicht damit rechnen, die Ware unter dem Schätzwert zu bekommen. Fehlschätzungen konnten sich also erheblich zum Nachteil einer Partei auswirken. Dies war wahrscheinlich auch der Grund, warum man den Unterkäufern zur Pflicht gemacht hatte

"keynerley an den kauffmanschaftten vor gut zu scheczen oder zu sagen, das wandelbar und bosc sij, oder vor bosc zu scheczen und zu sagen, das gut sij." (1)

Vielleicht hat man auch an die Möglichkeit gedacht, daß ein Unterkäufer ständig mit einer bestimmten Partei zum Schaden anderer zusammenarbeitet.

Wichtig war ferner die Verpflichtung der Unterkäufer, den Verkäufer vor kreditunwürdigen Käufern zu warnen, selbst auf die Gefahr, daß der Vertrag dann nicht zustande kam und die Verdienstmöglichkeit entfiel.

Erst recht durften die Unterkäufer

"keynen gast loben oder vurziehen, das er riche oder sich sij, da sie anders beduncket, das einer arm oder unsicher sij umb des willen, das ein kauff vur sich gee, uff dassie iren underkauff virdieneten." (2)

Für die Weinsticher galt die Regelung, daß sie sich den Käufer nicht aussuchen durften,

"danne wer zum irsten bij sie kommet und begert wine zu

(1) Eidbuch Nr. 1 a fol. 63 R (Allgemeiner Unterkäufereid)

(2) Amtsurkunden Nr. 169 (Bestimmungen über den Unterkauf an Gewand um 1406)

keuffen, dem sollen sie ir zu drincken geben und sollen sie yme helffen keuffen, als verre er sie keuffen wil." (1)

Es versteht sich von selbst, daß diese Regelung immer unter dem Vorbehalt stand, daß der betreffende Käufer auch kreditwürdig war.

Den Unterkäufern war streng untersagt, die Parteien zu überfordern und eine höhere Provision zu fordern, als sie vorgeschrieben war. Sie durften "nit me zu underkauff nemen dan von alder herkomme und darauff gesast ist." (2)

Andererseits durften sie den Parteien zuliebe nicht auf das Unterkaufsgeld verzichten. Man verbot den Unterkäufern, Geschenke anzunehmen, solange das Unterkaufsgeld noch nicht bezahlt war. Ob dieses Verbot sehr wirksam gewesen ist, erscheint mir zweifelhaft.

Wahrscheinlich um einer ungesunden Konkurrenz zwischen den Unterkäufern vorzubeugen, war es jedem Unterkäufer untersagt, sich den Parteien als Vermittler anzubieten, solange diese noch mit einem anderen Unterkäufer verhandelten.

Gegenüber der Stadt bestand die Pflicht zur korrekten Abführung der festgesetzten "Gewinnanteile".

Die Unterkäufer hatten die eingenommenen Gelder meistens in eine versiegelte Büchse zu tun (3). Zu bestimmten Zeiten wurde dann mit den Rechenmeistern abgerechnet.

(1) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 11i

(2) Ratssachen 1 a (1370 - 1400)

(3) Bürgermeisterbuch von 1489 fol. 7 : "Item den underkeuffern an pherden soll man buxsen geben, darinne die iren verdinst werffen und zu den 14 tagen den Rechenmeistern uberliebern und teilen."

Eine ähnliche Regelung bestand für die Unterkäufer an Salzfishen (Ugb B 53 ad Dd Nr. 4 fol. 9 R); am Vieh (Ugb B 53 ad Dd Nr. 4 fol. 11), am Hockenwerk (Ugb B 53 Dd fol. 4)

Eine besondere Verpflichtung bestand seit 1425 für die Unterkäufer an Rauchwaren

"... und sollen auch alle underkeuffere an der kauffman-
schafft dem zolner sagen, wo sie daran keuffe gemacht han,
und wie vil verkeufft sy, by iren eiden, die sie uber den
underkeuff getan han und auch wosie wissen, da die feile
sy und diejhenen benennen, die die feile han." (1)

Damit erreicht man eine bessere Kontrolle über den Warenaus-
tausch. Eine Zollhinterziehung wurde so erschwert.

Allen Unterkäufern war zur Pflicht gemacht, heimlichen Unter-
kauf anzuzeigen. Diese Verpflichtung obliegt den Unterkäufern
auch in den anderen süddeutschen Städten. Toebelmann sieht hier-
in zutreffend eine Maßnahme der städtischen Finanzwirtschaft (2).

Es scheint den Stadtbehörden aber nicht gelungen zu sein, den
heimlichen Unterkauf ganz zu unterbinden. Das kann man schon
daraus ersehen, daß der Rat immer wieder scharfe Strafen für un-
befugte Vermittler androhte. Besonders bei den Messen scheinen
sich zahllose Personen ohne Genehmigung als Unterkäufer betätigt
zu haben.

2) Beschränkungen der Vermittlertätigkeit durch das Gästerecht

In den deutschen Stadtrechten des Mittelalters stößt man oft auf
Vorschriften, die die Fremden in der Stadt anders und in der Regel
ungünstiger behandeln als die Bürger (3).

(1) Amtsurkunden Nr. 154

(2) Toebelmann S. 46

(3) Eine unterschiedliche Behandlung finden wir bereits im
13. Jahrhundert bei der Zollerhebung. Vergl. Thomas
S. 218 : "Item nullus civium solvet theolonium in nostra
civitate, sed alii hospites advene solvere tenentur."
(Frankf. Stadtrecht v. 20. 1. 1297)

Alle diese Vorschriften faßt man als 'Gästerecht' zusammen (1). Sie laufen sämtlich darauf hinaus, den fremden Kaufleuten den Handel in der Stadt zu erschweren und sie als Konkurrenten der einheimischen Kaufmannschaft auszuschalten. Die Vorteile des Handels sollten in erster Linie den Bürgern zugute kommen.

So hat man den Fremden den Kleinhandel in den Städten gänzlich untersagt (2). Eine Ausnahme galt nur für den Markt- und Meßhandel (3).

Nicht so eingeschränkt waren die fremden Kaufleute beim Großhandel. Allgemein unterlagen sie dort keinen Beschränkungen, wenn sie mit Bürgern handelten. Der Weiterverkauf an andere Fremde war den Gästen allerdings untersagt oder doch zumindest erschwert. In den Städten des Hansagebietes galt der Grundsatz "En ghaest enscal mit dem anderen hire nicht kopslaghen." (4) Ähnlich war es auch in Straßburg. Dort zahlten die fremden Tuchhändler 10 Schilling Strafe, wenn sie ihre Ware in der Stadt an einen Fremden weiterverkauften (5). Das Verbot finden wir ferner in Danzig, Ofen (6), Prag und Nürnberg (7).

Durch alle diese Verbote war auch die Tätigkeit der Unterkäufer erheblich eingeschränkt, denn sie durften insoweit keine Handelsgeschäfte vermitteln.

In Frankfurt war der Gast-Gast Handel freilich nicht schlechthin untersagt (8). Das hätte sich auch schlecht mit der Stellung Frankfurts ver-

(1) Schultze S. 1

(2) Gengler S. 163

(3) Inama-Sternegg III 2 S. 241

(4) Frensdorff S. 292

(5) Schmoller S. 429

(6) Gengler S. 164

(7) Schmieder S. 241

(8) Tœbelmann (S. 44) will in süddeutschen Stadtrechten keine Bestimmungen über den Gast-Gast Handel gefunden haben. Er hat offenbar das Frankfurter Stadtrecht außer acht gelassen, denn hier finden sich solche Bestimmungen.

tragen. Hätte man den Fremden den Weiterverkauf an Fremde unter-
sagt, so hätte Frankfurt seinen Rang als bedeutende Handelsstadt
bald verloren.

An anderer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, daß der Handel
in Frankfurt zum beträchtlichen Teil Transithandel war, der sich
gerade dadurch auszeichnet, daß Käufer und Verkäufer Fremde
sind. Auch außerhalb der Messezeiten durften Waren an Fremde wei-
terverkauft werden, wenn sie zuvor den Bürgern zum Kauf angebo-
ten worden waren

"Obe aber fremde umb fremden keufft, da gibt iglicher 3 h.
Und sal doch keyne fremder umb den andern keuffen, die
kauffmanschafft habe dan vor eyn tag hie zu merte gestanden
und außwendig der messe. Inwendig der messe mag eyn frem-
der umb den andern keuffen, es habe zu merte gestanden
oder nit." (1)

Mitunter war der Weiterverkauf an Fremde nur von einer bestimmten
Menge ab zulässig. So war für den Fischhandel bestimmt

"Aber den frembden fischhendlern . . . soll ausserhalb den
messen nit gestattet werden, Ire wahr mit dem gulden wert
oder sonst aintzelingen hinzugeben, sonder sie selb mit
gantzen Stücken zu verkauffen." (2)

Ähnliches galt beim Weinhandel

"Wanne auch ein gast wyne uff dem Moyne hat, die wyne
ensal er eyne andirn gast nicht ein fudir adir zwey gebin
zu kouffe, dan wil sie ein andir gast kouffen so mag he das
schiff halp kouffen die vordirlast adir die hindirlast . . ." (3)

Von dem auf dem Landwege nach Frankfurt gebrachten Wein durften

(1) Eidbuch Nr. 1a fol. 18 (1352)

(2) Ugb B 86 Nr. 26 fol. 6 R (Fischbeseherrolle)

(3) Senckenberg S. 48

nur "ein fulle vezseln adir zwey" verkauft werden.

Weinsticher, die gegen dieses Verbot verstießen, wurden aus der Stadt ausgewiesen

"... und willicher undirkouffer daby ist, der sal ein jar fur die stad ane allirleie gnade." (1)

Die Weingesetze von 1381 haben darüber hinaus alle verbotenen Käufe dieser Art für nichtig erklärt (2), und zwar auch dann, wenn die Parteien das Verbot nicht kannten und auch keine Kenntnis haben konnten. Zahlreiche Vorschriften sorgten dafür, daß die Verbote nicht umgangen werden konnten. Damit möglichst keine Bürger als Strohmänner für fremde Kaufleute auftraten, durften die Unterkäufer

"keyme burger drincken gebin keynes gastes wine inwendig ader uzwendig der stat, der eynen andern gast mit yme furet." (3)

Es erscheint zweifelhaft, ob einer Umgehung der Verbote damit entgegengewirkt werden konnte. Man erkennt aber, daß die Stadt nichts unversucht ließ, um die strikte Einhaltung aller Vorschriften zu erreichen.

Der Weinhandel war ortsmäßig gebunden. Der landwärts nach Frankfurt gebrachte Wein durfte nur auf dem "Samestagesberge ader uff Unser Frauenberg und nirgen anders" verkauft werden (4). Der Wein, der auf dem Wasserwege nach Frankfurt kam, durfte nur vor der Leonhardspforte oder aus dem Schiff heraus verkauft werden. Der einheimische Wein wurde dagegen in den Kellern der Bürger gehandelt.

Im Jahre 1421 gewährte der Rat jedem Fremden auf Antrag eine Aus-

(1) Senckenberg S. 48

(2) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 6 : "Wo ez darubir geschee, so sal der kauff abe sin."

(3) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 11k

(4) Amtsurkunden Nr. 216 Ziff. 5

nahme von der Vorschrift, daß nur das halbe Schiff verkauft werden dürfe. Die Straßburger Händler durften ab 1441 uneingeschränkt an Fremde verkaufen, sofern sie das gesetzliche Niederlagegeld entrichteten. Hiervon waren sie sonst befreit auf Grund der der Stadt Straßburg gewährten Zollfreiheit. Im Jahre 1442 wurde dieses Recht auch allen anderen fremden Kaufleuten gewährt (1).

Ähnliche Vorschriften wie beim Wein finden wir auch bei anderen Handelsgütern, allerdings bei weitem nicht in dieser ausgeprägten Form. Alle Vorschriften waren von den Unterkäufern zu beachten. Die Unterkäufer am Schlachtvieh durften

"... bij keyme kauffe sin oder darzu helfen oder raden, das einche vehetribber vehe umb den andern keuff in der stat Franckfurt oder Sassenhusen oder sost, das gein Franckfurt zu merte sal, ane alle geverde, es wer dan, das das vehe vor einen tag zu merte gehalden hette zu Franckfurt..." (2)

Die Unterkäufer, die hiergegen verstießen, wurden mit der Entziehung der Zulassung bestraft (3). Ab 1406 wurden sie mit einer Geldstrafe in Höhe von 10 Gulden bestraft (4).

3) Verbot des Eigenhandels

Die Unterkäufer durften mit solchen Waren selbst keinen Handel treiben, für die sie als Vermittler bestellt waren. In einem anderen Handelszweig war ihnen der Handel ohne Einschränkung gestattet. Dieses Verbot des Eigenhandels war bereits im ältesten Gesetzbuch von 1352 enthalten und galt auch in der Folgezeit unverändert fort :

(1) Kriegk, Bürgertum S. 318

(2) Amtsurkunden Nr. 142 (Eid der Unterkäufer am Vieh um 1460)

(3) Amtsurkunden Nr. 141 (Ratsbeschlüsse über den Viehhandel um 1425)

(4) Amtsurkunden Nr. 142

"Williches gudis auch eynir undirkouffer ist, des gudis ensal er keyne kauffmanschaft dryben noch teil daran haben." (1)

In den Unterkäufereiden der späteren Jahre finden wir das Verbot des Eigenhandels ebenfalls (2).

Eine Ausnahme von dem Verbot galt, wenn die Unterkäufer Waren zum Verbrauch im eigenen Haushalt benötigten.

"Bedorffte er aber der geware etwas vor sich in sime huse zu eßen und zu gebruchen, die mochte er also zu siner nottorfft keuffen und sulde das tun mit wißen des verkeuffers, das er wiste, das es yme selbs sulde, ane alle geverde." (3)

Das Verbot des Eigenhandels dürfte in erster Linie erlassen worden sein, um die Unparteilichkeit der Unterkäufer zu wahren. Die natürlichen Interessen des Eigenhändlers und die Aufgaben und Pflichten der Unterkäufer lassen sich in einer Person nicht recht verbinden, weil sie entgegengesetzt gerichtet sind. Hätte man den Unterkäufern den Eigenhandel gestattet, so hätten sie bei der Kaufmannschaft weitgehend an Vertrauen verloren. Der Kaufmann hätte dem Rat des Unterkäufers nicht mehr ohne weiteres Vertrauen schenken können, weil er nie wissen konnte, ob der Unterkäufer im Einzelfalle für sich kaufte und damit seine eigenen Interessen verfolgte.

Das Verbot des Eigenhandels umfaßte auch das Verbot, sich an Handelsgesellschaften zu beteiligen, die mit Waren seiner Branche handelten. Die Unparteilichkeit der Unterkäufer stand hier in gleicher Weise in Frage wie im zuvor erwähnten Falle.

-
- (1) Senckenberg S. 12. In den anderen süddeutschen Städten galten ähnliche Vorschriften. In Basel war den Unterkäufern der Eigenhandel uneingeschränkt gestattet (Schmieder S. 256)
- (2) Amtsurkunden Nr. 132 (Allgemeiner Unterkäufereid); Nr. 168 (Unterkauf an Spezereiwaren); Nr. 163 (Unterkauf für Salzische) u. a. m.
- (3) Eidbuch Nr. 1a fol. 8 R (Unterkauf am Hockenwerk) siehe Anhang III

Es fragt sich, ob das Verbot des Eigenhandels zugleich das Verbot des Kommissionshandels in sich schloß. Nach dem Wortlaut des Eigenhandelsverbots scheint sich das Verbot nur auf den Proprehandel beschränkt zu haben. Auch in späteren Jahren scheint sich das nicht geändert zu haben (1).

Ein ausdrückliches Verbot des Kommissionshandels findet sich nur bei den Waagemeistern (2) und den Kohlenmessern (3). Für die Unterkäufer anderer Branchen finden sich keine ähnlichen Vorschriften. Man darf vermuten, daß ihnen Kommissionsgeschäfte erlaubt waren, andernfalls hätte man ein gleiches Verbot auch für sie erlassen. Ein positiver Hinweis auf eine Kommissionstätigkeit findet sich in den Quellen für die Unterkäufer am Gewand. Sie mußten eidlich geloben, die ihnen mitgeteilten Kaufaufträge auswärtiger Kaufleute auszuführen

"Sente auch ein gast eim underkeuffer brieffe oder boden und bede yn, ime gewandt zu keuffen, das beste sulde er getruwelich vurkeren ..." (4)

-
- (1) In den Unterkäufereiden des 15. Jahrhundert heißt es stets nur : "Und auch an solicher geware, der sie underkeuffere sin, weder teile oder gemeyn zu haben." (Eidbuch Nr. 1a fol. 9 R, Unterkauf an Salzfischen)
- (2) Amtsurkunden Nr. 202 : "Er sal auch keynerley habe ode gut, das darinne kommen oder gehandelt sal werden, in sinen versproche oder befelhe nemen, die forter zu verkeuffen."
- (3) Amtsurkunden Nr. 191 : "Der rat ist uberkommen, das die kolenmessere und die knechte darzu gehorende an den kolen keynerley teil oder gemeyne haben sullen, und das auch ir keyner umb sin oder ander lude gelt keuffen oder virkeuffen sulle ..." (um 1425).
Die Unterkäufer an altem Gerät sollen hier außer Betracht bleiben, weil sie nicht zu den Handelsvermittlern gehören und deshalb auch nicht als Maßstab gelten können.
- (4) Amtsurkunden Nr. 169 (um 1406)

Diese Vorschrift enthält keine Beschränkung auf eine direkte Stellvertretung, so daß man annehmen kann, daß der betreffende Unterkäufer hier als Einkaufskommissionär auftreten durfte (1).

Als Verkaufskommissionäre scheinen die Unterkäufer in den Fällen aufgetreten zu sein, in denen sie die Ware für den Verkäufer "feile getragen" hatten (2). Nähere Kenntnis, wie das vor sich gegangen ist, fehlt uns allerdings. In den Quellen findet sich nirgends ein Hinweis.

D. Überblick über die weitere Entwicklung bis 1866.

Etwa um 1580 erging erstmals eine gemeinsame für alle Handelszweige geltende Unterkäuferordnung, die auch die Wechselmakler einbezog (3). Sie gleicht fast wörtlich dem Allgemeinen Unterkäufereid von 1465 (4).

-
- (1) Frankfurt unterschied sich damit von anderen deutschen Städten, in denen den Unterkäufern ausnahmslos Kommissionsgeschäfte verboten gewesen zu sein scheinen, vgl. Rehme S. 99, Frensdorff S. 280.

In Hamburg scheint den Maklern der Kommissionshandel seit der Maklerordnung von 1642 gestattet gewesen zu sein (Beukemann S. 24).

- (2) Amtsurkunden Nr. 151

- (3) Das genaue Datum dieser Ordnung läßt sich nicht feststellen. Vermutlich ist sie kurz vor 1580 ergangen. Das Original liegt uns nicht mehr vor. Die Akten über das Frankfurter Maklerwesen für die Zeit von 1580 - 1610, in denen sie sich befand, sind im Krieg verloren gegangen. Die Ordnung ist abgedruckt in der "Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M." S. 31

- (4) Amtsurkunden Nr. 132

Die Rechte und Pflichten der Unterkäufer haben sich nicht geändert. Bemerkenswert ist lediglich, daß die Maklerabgabe an die Stadt einheitlich auf 1/3 des Verdienstes festgesetzt wurde.

Am 5. September 1616 erging eine "Erneuerte Ordnung und Roll der Unterkauffer oder Mackler in Meßzeiten." (1)

Sie gilt, wie sich schon aus der Überschrift ergibt, nur für die Unterkäufer während der Messezeiten. In einem Beschluß, der vom Rat der Stadt Frankfurt am gleichen Tage gefaßt wurde, legte dieser die Gründe für den Erlaß der neuen Ordnung dar. Es hätten sich infolge heimlichen Unterkaufs während der Messezeiten erhebliche Mißstände ergeben. Eine Reihe von Personen treibe ohne Zulassung Unterkauf. Andere seien zwar zugelassen, sie zögen jedoch ohne Entrichtung ihrer Gebühr wieder davon.

Die Ordnung befiehlt deshalb allen fremden Unterkäufern, die während der Messen in Frankfurt Unterkauf treiben wollen, sich bei ihrer Ankunft sofort auf der Stadtkanzlei zu melden und einschreiben zu lassen. Die Maklerabgabe an die Stadt beträgt bei den fremden Unterkäufern nur 1/4 des Verdienstes, "doch sollen ihnen zu- forderst nottürfftige Reiß und Zehrungs Unkosten darvon abgezogen werden."

Neu ist, daß denjenigen, die heimliche Unterkäufer anzeigen, eine Belohnung gezahlt wird. Von der Strafe soll "dem Anbringer helfft gegeben und er sonsten geheim gehalten werden soll."

Eine weitere wichtige Neuerung bringt die Ordnung durch die Einführung der allgemeinen Buchführungspflicht. Die Unterkäufer müssen über alle "Käuff und Täusch, denen sie beywohnen, ein ordentlich Buch halten und dieselbe darinn fleissig einzeichnen."

Am 31. Mai 1685 erging eine "Ordnung und Rolle der Waaren- Mackler und Unterkäufer." (2)

(1) siehe Anlage V

(2) Beyerbach S. 700 ff.

Sie enthält hauptsächlich Vorschriften für die Warenmakler. Im Gegensatz zu der Ordnung von 1616 erfaßt sie auch die Unterkäufer zwischen den Messen. Die Unterkäufer müssen den Parteien jetzt nach Abschluß eines jeden Geschäfts eine Schlußnote zustellen. Sie hat die Namen der Parteien, den Gegenstand und die Bedingungen des Geschäfts sowie den Tag des Abschlusses zu enthalten.

Die Maklergebühren wurden neu festgesetzt. Sie waren unterschiedlich, je nach Art des Geschäfts. Bei Warengeschäften wurden sie auf $1/2$ % des Kaufpreises festgesetzt, und zwar waren sie allein vom Verkäufer zu entrichten. Bei Immobiliengeschäften betrugen sie $1/4$ bis $1/2$ %. Sie waren "von jedem Theil, wann nemlich beyde ihn um seinen Dienst und Unterhandlung angesprochen und ersuchet, widrigenfalls aber nur von dem ersuchenden Theil" zu entrichten.

Eine eingehende Regelung hat der Unterkauf in der Verbesserten Visitationsordnung von 1726 (1) erfahren.

Weitgehende Änderungen erfolgten beim Unterkauf an Vieh. Der Rat hatte festgestellt, daß die Unterkäufer der Stadt aus vorangegangener Zeit noch über 100 Gulden schuldig geblieben waren. Um in Zukunft eine korrekte Abführung und Abrechnung zu gewährleisten, wurden sogenannte Viehschreiber ernannt, die begüterte Bürger sein mußten. Man kann sie als städtische Sonderbeauftragte und als Treuhänder bezeichnen.

Die Unterkäufer durften zwar nach wie vor vermitteln, die Unterkaufsgelder dagegen durften nur von den Viehschreibern eingezogen werden. Diese allein rechneten auch mit den städtischen Rechenmeistern ab. Die Unterkäufer erhielten einen bestimmten Anteil von den Gesamteinnahmen.

Eine Kuriosität stellt die Bestimmung dar, daß beim Pferdekauf ausnahmsweise der Käufer das Unterkaufsgeld zu bezahlen hatte, wenn der Verkäufer eine Standesperson oder Offizier und der Käufer nicht

(1) Müller Tit. IV 2 Abt. S. 22 ff.

gleichen Standes war (1).

Am 25. Mai 1739 erging erstmals eine getrennte Ordnung für die Wechselmakler (2).

Die Ordnung lehnt sich, soweit die allgemeinen Pflichten in Betracht kommen, teilweise wörtlich an die Ordnung von 1685 an.

In der Folgezeit scheint es zwischen den Waren- und den Wechselmaklern zu erheblichen Streitigkeiten gekommen zu sein. Im Jahre 1747 beschwerten sich die Wechselmakler darüber, daß die Warenmakler auch Wechselgeschäfte tätigten (3). Sie sahen darin eine Beeinträchtigung ihrer Rechte. Bis zur Ordnung von 1739 galt für beide Gruppen nur eine Ordnung. Eine Geschäftsteilung gab es nicht. Die Warenmakler tätigten damals auch Wechselgeschäfte. Umgekehrt haben sich die Wechselmakler auch mit Warengeschäften befaßt. Die Warenmakler machten geltend, daß sie vom Warenvermittlungsgeschäft allein nicht leben könnten. Im übrigen sei auch eine Trennung der Warengeschäfte von den Wechselgeschäften von einer Reihe von Kaufleuten für untunlich gehalten worden und im Interesse des Handels nicht zu empfehlen. Sie beriefen sich ferner darauf, daß auch den Krämern, die ihre Waren aus dem Ausland bezögen, der Geldumtausch gestattet sei.

Der Rat scheint alle diese Argumente nicht akzeptiert zu haben.

Die am 26. November 1799 erlassenen neuen, getrennten Ordnungen für die Warenmakler (4) einerseits und die Wechselmakler (5) andererseits brachten die strenge Trennung der Warengeschäfte von den

(1) Müller Tit. XIII 2. Abt. S. 96. Vergl. auch Dietz, Geschichte des Pferdemarktes S. 94

(2) Beyerbach S. 698

(3) vergl. Geschichte der Frankf. Handelskammer S. 33

(4) Beyerbach S. 1859

(5) Beyerbach S. 1566

Wechselgeschäften. Die Warenmakler durften keine Wechselgeschäfte mehr tätigen. Umgekehrt waren den Wechselmaklern Warengeschäfte verboten.

Einen Rückschritt bedeutete die in den beiden Ordnungen enthaltene Vorschrift, daß außerhalb der Messen keine Geschäfte zwischen Fremden vermittelt werden durften. Alle bisherigen Unterkäufer- und Maklerordnungen waren weit großzügiger. Die Vermittlung war immerhin zugelassen, wenn auch mitunter unter gewissen Einschränkungen.

Die Ordnung für die Warenmakler lockerte dagegen das Verbot des Eigenhandels. Auf Antrag konnte den Warenmaklern jetzt der Betrieb eines Einzelhandelsgeschäfts gestattet werden.

Bei Vorliegen besonderer Gründe konnten sich die Warenmakler eines Substituts bei der Vermittlung von Geschäften bedienen. Allerdings mußte vorher die Genehmigung des Rats eingeholt werden.

Die Ordnung für die Warenmakler enthält einige Bestimmungen über die Warenschau "Da die geschworene Mackler öfters zu besichtigung angekommener Waaren berufen werden, so sollen sie über das äußere Befinden der Güther sowohl als über die Qualität und Gewicht der darinn enthaltenen Waaren ein pflichtmäßiges Atestat ausstellen."

Durch das Frankfurter Einführungsgesetz vom 17. Oktober 1862 (1) wurde in Frankfurt das Allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch eingeführt. Es trat in Kraft am 1. Januar 1863.

Damit galten die in diesem Gesetz enthaltenen besonderen Vorschriften über die Makler. Auf Grund des Artikel 16 Einf. Ges. war Artikel 69 Allgemeine Handelsgesetzbuch (Pflichten der Makler) vorläufig suspendiert. Es galten also die entsprechenden Vorschriften der Maklerordnung von 1799 weiter.

Dieser Rechtszustand änderte sich mit dem "Gesetz die Handelsmakler betreffend" vom 9. Dezember 1864 (2).

(1) Gesetz- und Statuten-Sammlung Band 15 S. 113

(2) Gesetz- und Statuten-Sammlung Band 16 S. 201

Die Bestimmungen des Allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches galten nunmehr nur noch subsidiär.

Das Gesetz von 1864 enthält eine Reihe interessanter Vorschriften. Das Mindestalter für Makler wurde auf 21 Jahre festgesetzt. Jeder Bewerber mußte eine Kautions in Höhe von 2000 Gulden stellen. Die Maklerabgabe an die Stadt wurde einheitlich auf 55 Gulden jährlich festgesetzt. Das System der Gewinnbeteiligung fiel damit gänzlich fort. Die Makler konnten entweder für alle oder auch nur für einzelne Warengattungen zugelassen werden.

Seit etwa 1815 ist die Bedeutung der Warenmakler in zunehmendem Maße geschwunden. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß sich der Kolonialwarenhandel von Frankfurt weg verlagerte und der Freihandel ohne Einschaltung der Makler immer üblicher wurde (1). Im Jahre 1850 gab es in Frankfurt nur noch 8 Warenmakler, im Jahre 1866 sogar nur noch 6. Seit der Zugehörigkeit Frankfurts zu Preußen sind keine vereidigten Warenmakler mehr bestellt worden.

(1) Geschichte der Handelskammer zu Frankfurt a. M. S. 633

E. A n h a n g

I. Underkeuffer an gesaltzen fischen (1384)

(Eidbuch Nr. 1 fol. 54 Nr. 33)

Die underkeuffer an gesaltzen fischen sollen in truwen globen und zunheiligen sweren alle gesaltzen fisch, die man hie verkeuffen wil, zu besehen und keinem unserm Burger dheinerley bose fule gut zu keuffen das er hie zu Franckfurt zum merckte verkeuffen sol wo sie doruber befunden das dheiner unser burger oder gast bose fule gut von gesaltzen fischen hie czum Merckt verkeuffen wolden, das sulden sie dem Richter, der In doruber gegeben ist, furbrengen unverczogenlich, und In das bose fule gut wysen; und der sol gerechtlichen mit In gehn und das bose fule gut von des Rats wegen nemen, und in den Meyne tun werffen.

II. Von altem gerede (1491)

(Eidbuch Nr. 1 a fol. 56)

Die cleidere hocken und underkeuffer an altem gerde sollen inne gutten truwen geloben und zu den Heiligen sweren, das sie keyne alte gerede, eß sy harnesch, bette, hußrat oder ander gerede keuffen oder feile han sollen, das Ire eigen sy, oder daran keyne teile oder gemeyn han, waß aber von altem gerede fur Sie gelegt oder gethan wirdet zu verkeuffen Sollen Sie verkeuffen und domit getruwelichenn umbgeen, und waß Sie dar uß loesen den Ihenen das zusteet unabbruchlich uberliebern. Doby dem verkeuffere sagen obe das an Sie gesonnen wurde weme und wie duer Sie daß Syne verkaufft haben, und von yedem gulden zwolffe heller, das sint

von dem keuffer Sehs unnd von dem verkeuffer Sehs alde franck-
forter Heller zu underkauff nemen und nyemants dar uber witer
notigen und dem Rate davon den dritten teile geben.

Wo sich auch teylunge motscherunge oder schatzunge zuthun be-
geben, darczu und doby man die gesworne Hocken zu haben be-
dorffende wurde, Sollen zwo gesworne Hocken darby gnommen und
iglicher Synen tag dry schilling Heller und nit mehe zu lone und
die koste gegeben. Obe aber umb gelt verkaufft wurde, davon sal
der underkauffe wie vorsteet unabeleßlich gefallen und dem rat sin
driteteil geden. Und Sie oder nymants von Iren wegen sollen auch
keynerley anders eß sihe bette, bettegewant, hußrat oder harnesch
semptlich oder sonderlich von Franckenfort furen oder schicken wer
das uberfure Solle von iglichem stucke mit zehen pfunt Hellern So
dicke das geschee zu pene verfallen syn Halb dem Rate und halb
den Burgermeistern zu werden.

(Eidbuch Nr. 1 a fol. 56 R)

Der Rate zu Franckenfort hait betracht den manigfeltigen betrogk,
so heymschen und frembdenn von den vorkaufern an aldem ge-
wande, hußrat und anders biß anher zugestanden ist und teigelichs
beschicht und dar umb gemeynem notze zu gude gesatzt geordent
und wollen, das nymant hin fur nach Sant Michahels tag nehst
konfftig keyn hockewercke oder underkauff an kleydern oder hußrat
hie zu Franckenfort uben triben noch feile habenn solle, er werde
dan von der Stede Rechenmeistern inn sonderheit darczu gelaißen
und habe synen besondern eit daruber gethan; welcher solichs nach
dem benannten Sant Michels tag uberfaren und one ferner unser
Stede Rechenmeistern solicher maißen feiln kauff haben oder under-
kauffe triben und also diesem gebott ungehorsam funden wurde den
gedencket der Rate dar umb mit swere busse und penen zu straffen
darnach mag sich eyn yeder haben zu richten.

III. Underkeuffer am hockenwerg

(Eidbuch Nr. 1 a fol. 8 R)

Der underkeuffer am hockenwerg, eyern, kesen, beche, hartz, oley, honig etc. sal in guten truwen globen und zun heiligen sweren mit keuffern und verkeuffern burgern und gesten glich und recht umbzugeen mit schetzen und zelen und eyn glich manne daran zusyn und an solicher geware keyne teile oder gemeyn zu han noch daran kauffmanschafft oder handel zutriben. Bedorffte er aber der geware etwas vor sich in sine huse zu eßen und zugebruchen die mochte er also zu siner nottorfft keuffen und sulde das tun mit wißen des verkeuffers das er wiste das es yme selbst sulde ane alle geverde. Und sal den luden gerechtlich und furderlich zu den sachen helffen und raden und damyde furdern und das nit mit offsatze oder von furtels wegen vertziehen und auch sinen rechten offgesasten underkauff nach redelichem herkomen nemen und nymat daruber nodigen oder dringen und das nit laßen noch darwyder tun durch Liebe myde gabe gonst oder haße noch durch keynerley anderer sache Willen ane alle geverde.

VI. Brief des Rates der Stadt Straßburg an den Rat der Stadt Frankfurt a. Main wegen der Bestellung eines Straßburger Kürschners durch die dortigen Kürschner zum Pelzwarenunterkäufer in der Frankfurter Messe. (17. März 1468)

(Reichssachen I Nr. 5583)

Wir Behtolt Zorn zum Ret der Meister und der Rat zu Straßburg kundent menglich mit diesem briefe das dise nach geschriben. drie unser burger nemlich Diebolt Brant genant Spirer Peter von Sarburg und Arbogast Burnherre der meister kursener antwerck uff ir gesworen eide so sie besonder harumb liplich zu gott und den heiligen vor uns getan hant einhelliglich gesaget habent das irs antwercks gewonheit sy das sie alle Franckforter messe einen underdiffer under inen ordenen und den gon Franckfort schicken

den underkauff deselbs zu triben, als haben sie dis Jar zwen erkosen nemlich Pfister Hans und Caspar von Schoffhusen; under den zweyen mögent die von Franckfort einen kiesen wellichen sie wöllent mitt unser Statt Ingesigel und geben uff dornstag nach dem Sontag Reminiscere.

V. Unter Käufer-Ordnung vom 5. September 1616

"E. E. Raths der Statt Franckfurt am Mayn ernewerte Ordnung und Roll der Underkauffer oder Mackler in Meßzeiten.)

Alle diejenige, so in den gewöhnlichen Messen allhie zu Franckfurt Underkauff treiben, und Wechsel an Goldt und Silber oder Stich zu machen warinn das seye zugelassen werden, die sollen mit handt gegebenen Trewen angeloben und daruff einen Eydt zu Gott dem Allmechtigen schweren, daß sie mit Kauffern und Verkauffern, die seyen Frembdt oder Inheimisch, und also mit beyden Partheyen gleich und recht umbgehen und keinem seine Wahren für gut schätzen und anschlagen wöllen, da sie bedüncket, daß es nicht auffrichtig und Kauffmans Gut seye, Ingleichem keinem sein Gut und Wahren vernichtigen und verwerffen, da sie bedüncket, daß es Kauffmansgut seye.

Zum Andern Sollen sie die Mackler unnd Underkauffer an keiner Wahr oder Gut, so sie den Leuten vermacklen, kauffen oder verkauffen, kein Theil oder Gemein haben, sondern sich dessen gänzlich enthalten, und darunter keine Gefährde brauchen. Da aber einer der Wahren selbst bedürffte, oder die seinige selbst vermacklen und verkauffen wolte, das solle er entweder durch einen andern Mackler und Underkauffer thun und verrichten lassen, oder aber dem Kauffmann, mit dem er zuthun haben wirdt, außtrücklich anzeigen, damit der Kauffmann wissen möge, daß es jhne den Mackler selbst anhehe, und er es mit jhme als einem Kauffer oder Verkauffer, und nicht als einem Mackler zuthun habe.

Zum Dritten, Sollen sie in jhrem Macklen und Unterkauffen nie-

mandten einigen Kauffmann angeben, loben und vorziehen, als ob er reich und sicher seye, da sie wissen, daß er arm und unsicher seye, und durch denselben ein ander möchte in Gefahr und Schaden geführt werden, Sondern den Kauffleuten, welche sich jhres Dienstes gebrauchen, aufrichtig und trewlich dienen, und dahin als fern sie mögen verholffen seyn, darmit sie jhres Geldts und jhrer Wahren mögen bezahlt werden.

Zum Vierdten, Sollen sie in ihrem Macklen unnd Underkauffen, ausser jhres ordentlichen Lohns, kein Vortheil oder Interesse suchen, auch keinem Kauffmann die Wahren höher und thewrer rechnen und anschlagen, denn sie gegolten hetten, Sondern jeder Partheyen zu den Sachen uffrichtig rathen und helfen, und ein solches zu sonderlichem Vortheil und Aufsatz nicht verziehen, auch jhren rechten aufgesetzten Unterkauff nach redlichem Herkommen fordern und nehmen, und darüber niemand beschweren und nöhtigen.

Zum Fünfften, Dieweil auch zum offtern zwischen den Kauffleuten nach getroffenen Käuffen und Täuschen, Irrthumb und Stritt vorfallen, solchem desto besser abzuhelpfen, sollen alle und jede Mackler über solche Käuff und Täusch, denen sie beywohnen, ein ordentlich Buch halten, und dieselbe darinn fleissig einzeichnen.

Zum Sechsten, Sollen sie uff die andere Personen, so sich deß Macklens und Underkauffens heimblich, und ohne von Uns beschene vergünstigung gebrauchen, ein fleissiges auffmerckens haben, und da sie deren eines und andern gewahr würden, dieselbe unsern jederzeit regierenden Bürgermeistern anzeigen, dieselbe der gebür darumb haben anzusehen und zu straffen. Von welcher Straff dem Anbringer die helfft gegeben, und er sonsten in geheim gehalten werden soll.

Endlichen, Sollen alle und jede Mackler und Unterkauffer, so oft und so bald sie in Meßzeiten anhero kommen, sich bey unserer Cantzley angeben, und jhre Namen einschreiben lassen, darauff auch jhenen ein Zettul, zur anzeig, daß jhenen das Macklen und Underkauffen verstattet, zugestellt werden solle, solchen Zettul sol-

len sie behalten, uff begeren vorzeigen, und damit kein Gefährde brauchen :

Nach vollendeter Meß aber, bey unserer Cantzley solchen Zettul wider einlieffern, und darauff bey ihrem geleisteten Eydt von allem dem jenigen, so sie die Meß uber mit irem Macklen, Kauffen, oder Verkauffen und Verstechen verdienet, sie haben es gleich bar empfangen oder nit, den vierdten Pfenning Uns dem Rath und gemeiner Statt erlegen und richtig machen, Doch sollen jhnen zuorderst nottürfftige Reiß und Zehrungs Unkosten da von abgezogen werden. Auff alle und jede obgeschriebene Puncten sollen die Mackler und Unterkauffer nun hinfüro angeloben, und dieselbe steiff und fest zuhalten, und darwider nicht zu thun einen leiblichen Eydt schweren, sonder alle Gefährde.

Lebenslauf

Am 1. April 1928 wurde ich als Sohn des Lehrers Willi Schubert und seiner Ehefrau Elli geb. Matzel in Töppendorf Kreis Strehlen, Schlesien, geboren. Von 1934 bis 1938 besuchte ich die Volksschule in Strehlen, von 1938 bis 1944 die Oberschule in Breslau und von 1946 bis 1948 die Oberschule in Braunschweig, wo ich im Frühjahr 1948 die Reifeprüfung ablegte.

Im Sommersemester 1951 begann ich mit dem Studium der Rechtswissenschaft an der Universität in Köln. Ab Wintersemester 1953/54 setzte ich mein Studium an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main fort.

Am 17. Mai 1956 bestand ich die erste juristische Staatsprüfung und trat am 20. August 1956 in den Vorbereitungsdienst des Landes Hessen ein.

Die große juristische Staatsprüfung legte ich am 27. Juni 1960 ab.

Seit dem 16. Januar 1961 bin ich im Verwaltungsdienst des Landes Hessen tätig.

